

Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei
und des SD - Oslo

SA 23
14.81
Oslo, den 13. August 1944

Tgb. Nr. 156/44 g

48

Geheim!

108164

Meldungen aus Norwegen

Nr. 71

Vorliegender Bericht ist nur **persönlich** für den Empfänger bestimmt
und enthält Nachrichtenmaterial, das der Aktualität wegen **unüber-
prüft** übersandt wird.

R70/13

A - Allgemeine Lage

a) Stimmung

Seite 1 - 3

Siegeszuversicht der norwegischen Bevölkerung auf Grund der Ereignisse seit dem 20. Juli - V 1 als Beunruhigungsmoment - Auswirkung der Verordnung des Reichskommissars aus Anlaß des Raubes von Rationierungskarten

b) Innerpolitische Entwicklung

Seite 4 - 6

Im allgemeinen ruhige Lage ohne besondere Störungsmomente

c) Nasjonal - Samling

Seite 7 - 16

Negative stimmungsmässige Auswirkung der Kriegslage - Aufnahme der Ereignisse vom 20. Juli - Telegramm des Hirdchefs und Chefs der norweg. Sicherheitspolizei an den Reichskommissar - Hafsrjord - und Stiklestad-Treffen - Fylkesfører Eggen verbietet die Arbeit der Deutsch-Norwegischen Gesellschaft - Entwicklung des Hird und Marin hird und konfessionelle Gebundenheit der NSUF-Führung.

Norwegischer Arbeitsdienst

Seite 17 - 23

Ansteigen der Fluchtfälle - gegnerische Versuche, den AT zu zerschlagen - zunehmender Mangel an geeigneten AT-Führern.

B - Gegner

a) Sabotage und Terror.

Seite 24 - 29

Abnahme der illegalen Betätigung in den letzten Wochen - einzelne Sabotageakte - Banküberfall - Raub einer großen Menge von Rationierungskarten - Terrorakte gegen Einzelpersonen. Jahreszeitlich bedingter Rückgang - Vordringen

kommunistischer

kommunistischer Flugblätter - Festnahme von drei
Polizeibeamten in Oslo - Aushebung eines gegneri-
schen Senders - Übersicht der Häftlinge, Inter-
nierten und Kriegsgefangenen.

b) Kirche Seite 30 - 31

Verschärfung der Lage auf Grund des Vorgehens gegen
das Zentralbüro der Norwegischen Missionsgesell-
schaft wegen illegaler Vorbereitung einer "freien
norwegischen Kirche".

C - Lebensgebiete
=====

b) Kulturelle Gebiete Seite 32 - 35

Hochschule und Wissenschaft

Diskussion über die Frage der Wiedereröffnung der
Universität - Zurückziehung der Dienstverpflichtungen
zum nationalen Arbeitseinsatz für Studenten der
Technischen Hochschule Drontheim.

Schule und Erziehung Seite 36 - 37

Schulbesuch statt kriegswirtschaftlichem Arbeitsein-
satz - Kampfansage der Lehrerschaft gegen ange-
kündigtes neues Schulgesetz.

Deutsch-Norwegische Gesellschaft Seite 38

Norwegisches Kulturthing 1944. Seite 39 - 43

Pläne für die Neuorganisation des Kulturthings - das
Kulturthing ein Glied der künftigen norwegischen
Staatsverfassung - Pläne zur Errichtung einer Sprach-
Akademie und einer Musik-Akademie - betonte Deutsch-
freundlichkeit eines Teiles der Tagungsteilnehmer
und Ablehnung Minister Fuglesangs.

Presse Seite 44 - 45

Vorschläge des Kulturthings für eine Neuorganisation
des Pressewesens - Vorbereitung eines Pressegesetzes.

c) Verwaltung und Recht

Seite 46 - 48

Norwegisches Rotes Kreuz.

NRK. als Hilfsorganisation für die Versorgung an dritter Stelle.

d) Wirtschaft

Seite 49 - 60

Ernährung und Landwirtschaft

Unzureichende Gemüseversorgung Nordnorwegens - Rückgang der Vollmilchablieferung.

Verkehr

Einschränkung der Motorschiffahrt wegen Treibstoffmangel - Schwierigkeiten bei der Zurverfügungstellung von Schiffsbesatzungen.

Industrie

Möglichkeiten zur Ausschöpfung der freien Kapazitäten in der Industrie durch Auftragsverlagerungen.

Finanzwirtschaft

Bemühungen des Finanzdepartements zur verstärkten Einflußnahme auf die Banken - Entwicklung im Versicherungsverband.

Arbeit und Sozialwesen

Schwierigkeiten in der Bereitstellung der erforderlichen Arbeitskräfte - Abkommen zwischen dem Reichsbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz und dem Leiter der norweg. Sicherheitspolizei - Arbeitsvertragsbrüche norweg. Kraftfahrer bei der "Legion Speer" des NSKK - Verhältnisse in der "Fachlichen Landesorganisation" - Aussetzung der Beitragszahlung in den Fachverbänden.

A - Allgemeine Stimmung und Lage.

a) Stimmung.

Die Ereignisse seit dem 20. Juli 1944 - Attentat auf den Führer, Ernennung des Reichsführers-~~4~~ zum Befehlshaber des Heimateeres, Ernennung des Reichsministers Dr. Goebbels zum Reichsbevollmächtigten, der anhaltende Vormarsch der Russen im Osten, die Erfolge der Angloamerikaner an der Invasionsfront, der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei sowie der Präsidentenwechsel in Finnland - haben in der norwegischen Bevölkerung der allgemeinen Siegeszuversicht eine bisher nicht gekannte Festigkeit und Unerschütterlichkeit vermittelt.

Das Attentat auf den Führer hat die alten, im Verlaufe des letzten Jahres aber stark erschütterten Lieblingshoffnungen der norwegischen Bevölkerung auf einen inneren Zusammenbruch Deutschlands in einem Masse wieder aufleben lassen, dass heute - nachdem fast alle umlaufenden Gerüchte über Beteiligung führender politischer und militärischer Persönlichkeiten an dem Attentat durch Presseveröffentlichungen widerlegt worden sind - noch immer ein grosser Teil der am 20. und 21. Juli auftauchenden Gerüchte von weiten Kreisen der Bevölkerung geglaubt werden. In dieser stimmungsmässigen Erscheinung zeigt sich das Bestreben, den militärischen Zusammenbruch Deutschlands mit der inneren Schwäche des nationalsozialistischen Regimes zu begründen. Daneben misst man den Erfolgen der bolschewistischen Offensive die eigentliche kriegsentscheidende Bedeutung zu. Die allgemeine Enttäuschung über das langsame Vorgehen der Engländer und Amerikaner im Westen hat inzwischen durch die kürzlichen Erfolge der Amerikaner eine gewisse Korrektur erfahren.

- Die Furcht vor dem Bolschewismus sowie die Besorgnisse
- über den Einsatz eventueller neuer deutscher Vergeltungs-
- waffen bilden z.Zt. Beunruhigungselemente von verhältnis-
- mässig geringer aktuelle Bedeutung.

Im allgemeinen streitet man eine gewisse Effektivität der "V 1"-Waffe nicht ab und schliesst auch nicht die Möglichkeit aus, dass Deutschland mit neuen Vergeltungswaffen auftreten könnte. Man meint aber, dass die Wirkung der "V 1" keinen Einfluss auf den Gang der Kampfhandlungen habe und diese Waffe lediglich ein Terrorinstrument darstelle, und glaubt, dass die neuen Vergeltungswaffen infolge der englisch-amerikanischen Luftangriffe auf Deutschland nicht in genügendem Umfange hergestellt und nicht zum Einsatz gebracht werden könnten.

Die Befürchtungen vor dem Bolschewismus werden z.Zt. gewöhnlich mit der Formel abgetan: "Erst einmal den Sieg über Deutschland, und dann werden wir weitersehen". Diese dilatorische Beurteilungsweise des Bolschewismus wurde in letzter Zeit stark gefördert durch die Tatsache, dass in den vergangenen 4 Wochen sich in Norwegen keine grösseren Sabotagehandlungen oder Terroranschläge ereignet haben.

Innerhalb der NS haben die militärischen und politischen Ereignisse der letzten Wochen einen starken Pessimismus ausgelöst. Umso beachtlicher ist die Tatsache, dass ein überraschend grosser Teil der Parteimitgliederschaft durch öffentliches Tragen von Parteiabzeichen und Teilnahme an den allerdings zahlenmässig ausserordentlich geringen Parteiveranstaltungen seine Einsatzbereitschaft weiterhin sichtbar zum Ausdruck bringt.

Der Geburtstag des norwegischen Exilkönigs Haakon VII. ist im allgemeinen ohne Demonstrationen und Zwischenfälle und von der breiten Öffentlichkeit unbeachtet verlaufen. In Oslo wurden anlässlich dieses Tages einige

- 3 -

gegnerische Bildplakate kleinen Formats angeschlagen. Die Plakate trugen die Überschrift der kürzlichen NS-Propaganda "Mot lysere tider" (lichteren Zeiten entgegen). Einer Meldung aus Drontheim zufolge wurde im Krankenhaus Bodö anlässlich des Geburtstages des Königs eine Feier veranstaltet, in deren Verlauf u.a. von Abteilungsschwestern ein Plakat mit der Aufschrift "Es lebe der König" ausgehängt wurde. Zwei Schwestern, die im Verdacht stehen, das Schild gemalt zu haben, wurden festgenommen und der Polizeimeister in Bodö beauftragt, Ermittlungen durchzuführen.

Am 9.8. wurden durch Überfall auf einen Lastkraftwagen rund 67 000 Lebensmittelkarten und rund 3 000 Tabakkarten, die zur Ausgabe vorgesehen waren, geraubt (weitere Einzelheiten s. Teil B - Gegner). Daraufhin hat der Reichskommissar in der norwegischen Presse vom 14. August nachstehende Verordnung bekanntgeben lassen:

- 1) Die durch das Verbrechen in Verlust geratenen Lebensmittelmengen werden durch entsprechende Kürzungen im Rahmen der 24. Kartenperiode wieder hereingeholt.
- 2) Die Auslieferungen der Tabak- und Alkoholrationen werden für 3 Monate gesperrt.
- 3) Nicht betroffen von diesen Kürzungen werden die Inhaber der Arbeitskarten und die Dauerempfänger von einer oder mehreren Zusatzkarten für Brot und Fett."

Diese Anordnung des Reichskommissars ist Gegenstand einer alle Bevölkerungskreise erfassenden lebhaften und zum Teil erregten Diskussion. Nach den bisher vorliegenden Berichten wird zumeist zum Ausdruck gebracht, daß die in der Verordnung vorgesehenen Einschränkungen auch ohne den Diebstahl gekommen wären und daß der Raub der rund 67 000 Karten lediglich den Vorwand abgegeben habe. Weit verbreitet ist auch das Gerücht, daß dieser Diebstahl

in

in Wirklichkeit gar nicht stattgefunden habe, sondern lediglich zur Begründung der Einschränkungen erfunden worden sei. Verständnis für die Notwendigkeit und Berechtigung der getroffenen Maßnahmen ist bisher nur in ganz geringen Bevölkerungskreisen feststellbar. Die arbeitende, nicht von den Einschränkungen betroffene Bevölkerung vermeidet es, die Genugtuung über ihre Bevorzugung zum Ausdruck zu bringen.

Innerhalb der NS hat die Verordnung des Reichskommissars so lange eine oft freudige Zustimmung gefunden, solange man sich nicht darüber im Klaren war, daß die Verordnung sich auch auf Angehörige der NS bezog. Nachdem man sich jedoch hierüber klar geworden ist, wird die Verordnung fast nur noch in negativem Sinne diskutiert. Man begreift nicht, wieso es den Behörden unmöglich sein sollte, Ausnahmestimmungen für die NS-Mitglieder zu treffen und durchzuführen. Die Schuld hierfür schreibt man ausschließlich und allein den Deutschen zu. Die sich bereits jetzt abzeichnende Erregung gegen die Deutschen dürfte noch stärker in Erscheinung treten, sobald die Einschränkungen - insbesondere der Entzug der Tabakkarte - fühlbar werden. Im übrigen wird von NS-Mitgliedern darauf hingewiesen, daß die Verordnung des Reichskommissars normalerweise den NS-Mann vielmehr härter treffe, als das Nichtparteimitglied. Während der NS-Mann bei seinem Kaufmann lediglich das erhalte, was ihm auf seine Karten zustehe, würden dem Nicht-NS-Mitglied doch immer wieder im Rahmen des Möglichen kleine Sonderzuteilungen zugute kommen. Darüber hinaus habe das NS-Mitglied viel seltener schwarze Bezugsquellen als der Gegner.

Aus großgermanisch eingestellten Kreisen der Partei verlautet, daß man die Einbeziehung der NS-Mitglieder in die Verordnung des Reichskommissars vollkommen unbegreiflich finde. Die Verordnung schaffe zwangsläufig eine Einheitsfront von Jössingern und NS-Mitgliedern gegen die Deutschen.

- 5 -

b) Innerpolitische Lage.

Auf innerpolitischem Gebiet herrscht z.Zt., wie üblich um diese Jahreszeit, fast vollkommene Ruhe. Die Ursache hierfür dürfte neben der allgemeinen Ferienstimmung in der Inanspruchnahme des öffentlichen Interesses durch die militärischen und politischen Ereignisse zu erblicken sein. Hinzu kommt ferner, dass offenbar nunmehr auch die Kommunisten Anweisung haben, vorläufig ihre Sabotage- und Terrorwirksamkeit einzustellen. Die Arbeitsfluchtbewegung, die bisher die innerpolitische Situation in starkem Masse charakterisierte, enthält z.Zt. keine erregenden Elemente, da sowieso ein grosser Teil der Bevölkerung sich auf dem Lande befindet und der Aufenthalt in Hütten und Zelten im Augenblick stark durch das gute Wetter begünstigt wird. Im übrigen wird z.Zt. sowohl von Seiten der NS als auch von gegnerischer Seite bei der Behandlung der Arbeitseinsatzfrage Zurückhaltung geübt. Auch ein kürzlich in "Fritt Folk" erschienener Leitartikel, worin im Anschluss an die deutschen Mobilisierungsmassnahmen u.a. die Schliessung einer grossen Zahl von Schulen zur Freimachung von Arbeitskräften gefordert wird, hat kein grösseres Aufsehen zu erregen vermocht.

Eine gewisse Resonanz in der Öffentlichkeit hat das Vorgehen der norwegischen Staatspolizei gegen die Leitung der Norwegischen Missionsgesellschaft in Stavanger ausgelöst. Im Zuge dieses Vorgehens wurden der ehemalige Leiter der Gesellschaft, der frühere Domprobst von Stavanger, Kornelius Olsen, und der Generalsekretär Einar Am-dahl festgenommen. Bei verschiedenen Kreisstellen der Missionsgesellschaft wurden Haussuchungen abgehalten. Aus dem hierbei anfallenden Material war zu ersehen, dass Am-dahl als Leiter der kirchlichen Opposition anzusehen ist. Die Leitung der Missionsgesellschaft hat der derzeitige Bischof von Stavanger, Kvasnes, übernommen.

Auf Seiten der Nasjonal Samling gaben zwei grosse Ereignisse Gelegenheit zu grundlegenden Ausführungen, nämlich der in Drontheim abgehaltene Kulturting sowie das traditionelle Parteitreffen in Stiklestad. Die hierbei gehaltenen Reden bewegten sich durchweg im Rahmen bekannter Gedankengänge. Bemerkenswert dürften lediglich einige Ausführungen Ministerpräsident Quislings in seiner Rede vom 30. Juli 1944 sein. Quisling erklärte u.a.: "Unser Land hat keine andere Aussenpolitik als die, die Freiheit und Selbständigkeit Norwegens zu bewahren. Es kommt lediglich auf das Verständnis an, wie dieser Kampf geführt werden soll, um zu einem Ziel zu führen. ... Das Fiasko des Völkerbundes hat am besten bewiesen, dass die Situation sich nicht mit vollkommen souveränen Nationalstaaten, die alle machen können, was sie wollen, meistern lässt, sondern dass hierfür nur eine europäische Gemeinschaftsordnung geeignet ist."

c) Nasjonal Samling.

Die militärische Entwicklung im Osten und die Ereignisse des 20. Juli haben sich innerhalb der NS stimmungsmässig stark ausgewirkt. Seit Beginn des sowjetrussischen Vormarsches ist der Glaube an den Sieg Deutschlands bei einem Teil der NS-Mitglieder weiter stark erschüttert. Die Reaktion auf die militärischen Ereignisse ist jedoch im übrigen nicht einheitlich. Ein kleiner Teil NS-Mitglieder rechnet mit einer Räumung Norwegens durch die Deutschen und glaubt, dass die Situation, die sich für die NS dann ergeben würde, durch eine nationalistische Politik gerettet werden könne. Vereinzelt werden Fluchtmöglichkeiten besprochen. Dabei spielen Gerüchte gegnerischen Ursprungs eine Rolle, nach denen die in Schweden aufgestellten norwegischen Polizeieinheiten im Falle der Räumung Norwegens eingesetzt und einfache NS-Mitglieder vor dem Pöbel schützen würden, während beabsichtigt sei, die führenden Persönlichkeiten vor ein Standgericht zu stellen.

Ein überraschend grosser Teil der NS-Mitglieder bekennt sich nach wie vor zu Deutschland.

Auf die Nachricht von dem Attentat auf den Führer reagierten die NS-Mitglieder mit sichtbarer Erregung und Bestürzung. Auch Mitglieder der nationalistischen Richtung innerhalb der NS brachten nach den ersten Nachrichten über die Geschehnisse im Führerhauptquartier zum Ausdruck, dass das Glücken des Anschlages das Ende Europas und Norwegens bedeutet hätte.

Die tiefe Niedergeschlagenheit, die sich fast aller Mitglieder bemächtigt hatte, kam in Erörterungen über die Zuverlässigkeit der höheren Wehrmachtsführung zum Ausdruck. Nach der Ansprache des Führers, die von zahlreichen NS-Mitgliedern abgehört wurde, trat jedoch eine fühlbare Beruhigung ein. Die Zuversichtlichkeit und Gläubigkeit, die besonders von Angehörigen des Hird und der Germanischen 4 zum Ausdruck gebracht wird, behauptet sich

seitdem

seitdem gegenüber der von einem kleinen Kreise ausgehenden pessimistischen Betrachtungsweise. Die Erklärungen des Führers in der Nacht zum 21.7. machten auf die NS-Mitglieder stärksten Eindruck, insbesondere die Mitteilung, aus der hervorging, dass der Führer wie durch ein Wunder unverletzt blieb, verstärkte den Glauben an die Mission des Führers.

Am Tage nach dem Attentat erschienen führende und einfache NS-Mitglieder auf den verschiedenen deutschen Dienststellen, um spontan ihrer Genugtuung und Dankbarkeit über das Missglücken des Anschlages zum Ausdruck zu bringen.

Hirdchef, Generalmajor Marthinsen, richtete an den Reichskommissar Terboven folgendes Schreiben:

"Zutiefst beeindruckt von dem schändlichen Anschlag auf die Person des Führers ist es mir ein Bedürfnis, Ihnen, Herr Reichskommissar, als dem Vertreter des Führers in Norwegen meine innerste Genugtuung über das Misslingen des Verbrechens zum Ausdruck zu bringen.

Ich darf Ihnen versichern, dass meine Dankbarkeit gegenüber der Vorsehung für die Erhaltung des Führers aller Germanen und Gestalters der europäischen, grossgermanischen Zukunft auch von den mir unterstehenden Angehörigen des Hirds und der Sicherheitspolizei geteilt wird.

Aus germanischem Verantwortungsgefühl heraus fühlen wir uns mit dem Schicksalskampf des deutschen Volkes restlos verbunden. In dem Augenblick, in dem im Reich mit einer kleinen Verräterclique aufgeräumt und abgerechnet wird, möchten wir Ihnen, Herr Reichskommissar, unsere feste Entschlossenheit bekunden, den Kampf auch in Norwegen an der Seite unserer deutschen Kameraden mit letzter Konsequenz zu führen.

Es lebe der Führer aller Germanen.

Mit germanischem Gruss

gez.: K.A. Marthinsen"

Auch aus

Auch aus den Reihen der Jugend kamen spontane Bekenntnisse der Verbundenheit. Zahlreiche Mitglieder brachten in den ersten Tagen nach dem Attentat ihre Gefühle für den Führer und Deutschland durch den Gruss "Heil Hitler" zum Ausdruck. In Unterredungen mit Deutschen wurde die Versicherung der Verbundenheit häufig mit der Forderung verbunden, dass nunmehr gegen alle Bestrebungen und Tendenzen innerhalb der NS, die sich gegen das bedingungslose Zusammengehen mit Deutschland richten, aufgeräumt werden müsse.

Der Widerhall, den die Ereignisse des 20. Juli innerhalb der NS gefunden haben, zeigte, wie stark ein grosser Teil der NS-Mitglieder der Person des Führers verbunden ist.

Ausser dem traditionellen Hafrsfjord-Treffen und dem Stiklestad-Treffen trat die NS, abgesehen von kleineren Zusammenkünften, in den einzelnen Fylken und Kreisen, nicht besonders in Erscheinung.

Bei dem Hafrsfjord-Treffen der NS am 15. und 16.7. in Stavanger sprach Minister Riisnaes bei zahlenmässig ausserordentlich guter Beteiligung. Ausgehend vom Hafrsfjordgedanken, der Notwendigkeit nationaler Einigung, betonte der Minister die Forderung nach einem europäischen Zusammenschluss zur Rettung der germanischen Völker. Nur unter Adolf Hitler sei diese Rettung möglich. Adolf Hitler kämpfe nicht ausschliesslich um des deutschen Volkes willen, sondern für die Erhaltung des germanischen Blutes.

Wie aus dem aus Stavanger vorliegenden Bericht hervorgeht, hat Riisnaes während seiner temperamentvoll vorgebrachten Rede mehrfach spontanen Beifall erhalten, an dem sich selbst der NS fernstehende Personen beteiligt hätten. In dem Bericht wird die Äusserung eines als Gegner bekannten Norwegers angeführt "dass an dem, was Riisnaes sagt, doch etwas Richtiges daran sei".

Am 30. Juli

jedoch immer Verwaltungsbeamter und Bürokrat. Durch die Personalunion würde die Parteiarbeit und vor allen Dingen die Propaganda nur behindert sein.

Der Fylkesfører von Nord-Trøndelag, Eggen, ist in Gesprächen sowohl NS-Angehörigen als auch Deutschen gegenüber durch Äusserungen, in denen er sich scharf gegen den deutschen Einfluss wandte, wiederholt in Erscheinung getreten. Eggen, der sich bei diesen Unterhaltungen auf die Politik Fuglesangs festlegt, hat u.a. dem Vorsitzenden der Deutsch-Norwegischen Gesellschaft gegenüber die Arbeit der Deutsch-Norwegischen Gesellschaft in seinem Bereich verboten. Selbst von führender NS-Seite wurde die Einstellung Eggens als unerhört chauvinistisch bezeichnet. Die chauvinistische Einstellung einiger führender NS-Persönlichkeiten sei gerade in der jetzigen Situation eine grosse Gefahr.

Im Östfoldfylke ist innerhalb der örtlichen NS-Führungen der Aufwand und das Privatleben des Fylkesförers Haereid Gegenstand einer zunehmenden Kritik. Der Fylkesfører sei mit seinen Requisitionen beim Gärtner, bei der Molkerei, beim Schlächter und im Weinmonopol, mit denen unter dem Vorwand der Repräsentation private Feiern veranstaltet würden, allmählich zum Mittelpunkt ausserordentlich parteischädigender Gespräche innerhalb der NS und der Bevölkerung geworden.

Im Tromsfylke ist nach der Rückkehr des früheren Fylkesförers Hoff von einem längeren Krankheitsurlaub innerhalb der NS erhebliche Unruhe entstanden. Auf Grund von Gerüchten, nach denen Fylkesfører Hoff seine Tätigkeit als Fylkesfører wieder aufnehmen sollte, erschienen NS-Angehörige bei deutschen Dienststellen mit dem Ersuchen, allen Einfluss dahin geltend zu machen, dass Hoff, der nur Unruhe und unerfreuliche Verhältnisse in die NS des Tromsfylke gebracht habe, nicht mehr eingesetzt werde.

Aus Harstad

Am 30. Juli sprach Quisling anlässlich der Einweihung des Mahnmals beim Stiklestad-Treffen. Quisling verwies in seiner Rede auf die Gefahr, die insbesondere Nordnorwegen von Sowjetrussland her drohe und wandte sich gegen die Naiven, die der Abmachung der Londoner Emigrantenregierung irgendwelchen Wert beimessen. Der einzige Schutz Europas sei Deutschland als Kern einer europäischen Verteidigung. Unter dem Druck des Kampfes im Osten, Westen, Süden und Norden - so führte Quisling aus - werden die Völker Europas zusammenschweisst auf der Grundlage der Idee des Nationalsozialismus.

In Bergen stellte sich der neue Fylkesfører Römcke anlässlich einer nur Mitgliedern zugänglichen Feier aus Anlass des Geburtstages Quislings am 18. Juli erstmalig offiziell vor. Nach den aus Bergen vorliegenden Meldungen hat Römcke die Sympathie aller Mitglieder gewonnen, sodass mit der Zusammenarbeit der bisher einander befehlenden Gruppen gerechnet werden kann. Nach wie vor werde jedoch die Personalunion zwischen Fylkesmann und Fylkesfører kritisiert. Die Aktivierung der Mitglieder, so wird vielfach geäußert, nehme die ungeteilte Kraft des jetzigen Fylkesführers und Fylkesmannes in Anspruch.

Im Fylke Sogn und Fjordane hat der vor längerer Zeit eingesetzte Fylkesfører Brokstadt nunmehr eine Arbeit aufgenommen. Die Aufnahme des neuen Fylkesführers, der erst vor kurzem von der Front zurückkam, war gut. Die ersten Auswirkungen machen sich durch eine zuversichtlichere Stimmung unter den NS-Mitgliedern bemerkbar. Die Einsetzung von Oberst Sundlo als Fylkesmann wirkt sich ebenfalls günstig aus.

Zur Frage der Personalunion von Fylkesmann und Fylkesfører erklärte Fylkesfører Brokstadt gelegentlich eines Gesprächs, dass er eine solche ablehne. Er als Funktioniär der Partei sei "revolutionär". Ein Fylkesmann sei

jedoch immer

Aus Harstad wird über den mehrfach ausserordentlich negativ in Erscheinung getretenen Sorenskriver A a s berichtet, dass dieser, obwohl noch NS-Mitglied, offen gegen den Hird und die Partei aufträte, dabei aber des Schutzes des Fylkesmannes B u l l sicher sei. Der Hird war im Februar 1944 gegen Aas bereits zur Aktion geschritten. Aas wurde vom Hird festgenommen und sollte nach Tromsø gebracht werden. Nach seiner Ankunft wurde Aas durch ein Polizeiaufgebot gewaltsam befreit und zurück nach Harstad gebracht. Die Tätigkeit Aas' hat innerhalb der NS in Harstad ausserordentlich ernste stimmungsmässige Auswirkungen, die nur durch schnellstmögliche Entfernung des Aas geklärt werden können.

Die Einstellung und Haltung führender Persönlichkeiten der Partei und eines Teils ihrer Funktionäre zur sozialen Frage, ist in der letzten Zeit in einzelnen Fylken, besonders in Gross-Oslo und dem übrigen Südnorwegen, in steigendem Masse Gegenstand der Kritik.

Nicht nur das Klub- und Cliquenunwesen innerhalb der NS, sondern auch der Rahmen und die Gestaltung mancher Parteizusammenkünfte seien typische Zeichen einer Verbürgerlichung der NS. Besonders in Hirdkreisen wird die NS als liberalistisch und innerhalb ihrer Führung stark reaktionär bezeichnet. Auch Parteifunktionäre äusserten sich in der gleichen Richtung.

Eine vor einiger Zeit gehaltene Rede des Ministers Fretheim gab einem Lagfører Anlass darauf hinzuweisen, dass der Minister wie ein Agitator der Bauernpartei zu den Stimmberechtigten vor Stortingswahlen gesprochen und dadurch die Gefahr heraufbeschwört habe, dass auch die Bauern, die der NS angehörten, wieder zu dem materialistischen Denken ohne jegliches soziales Verständnis und ohne Verantwortungsgefühl gegenüber der gesamten Volksgemein-

schaft geführt

schaft geführt würden. Der Minister habe vor Bauernsöhnen, die Arbeiter werden müssten, kein Wort vom nationalsozialistischen Willen gesprochen. Die Norweger seien vor allem Arbeiter. Nicht ohne Grund habe man vor 10 Jahren die Befürchtung gehabt, dass die NS eine getarnte Höirepartei und letzten Endes doch eine liberalistische Partei wäre. Die Rede des Ministers Fretheim habe den Eindruck erwecken müssen, dass es sich bei der NS um die alte, bei den Arbeitern verhasste Bauernpartei handele. In dem Bericht des Lagführers heisst es weiter, dass auch die norwegischen Minister daran gehen müssten, sich mit der nationalsozialistischen Weltanschauung zu befassen, um sie verkünden zu können.

Im Hird steht die Ausbildung der Alarmeinheiten im Vordergrund. Nach wie vor ist die Ausrüstung mit italienischen Uniformen Ursache einer Misstimmung.

Nach der Neuorganisation des Hird, der Aufstellung zweier "Verteilungen", zeigte es sich, dass der bis dahin an der Militarisierung des Hird aktiv arbeitende Oberstleutnant Quist in seinem eigenen Gebiet in keiner Weise sichtbare Erfolge in Bezug auf eine Aktivierung der dortigen Hirdeinheiten aufweisen konnte. Quist hat in der letzten Zeit wiederholt über seinen Mitarbeiterkreis hinaus angedeutet, dass er mit der deutschen Beratung nicht viel zu tun haben wolle und auch Weisungen des Hirstabes für ihn unwichtig seien. Nach der Einsetzung Generalmajor Marthinsen's als Hirdchef drohte Quist mit seinem Rücktritt. Nach einer Mitteilung von norwegischer Gewährsseite ist im Schloss der Austausch Quist's gegen den jetzigen Chef der Förergarde, Major Henschien, erwogen worden mit der Massgabe, dass Quist an Stelle Henschien's die Förergarde übernehmen solle.

Der Marinehird

Der Marinehird weist nach der Ablösung seines ehemaligen Führers Bertel Bruun und der Einsetzung des neuen Hirdmarineführers Fjelstad eine zwar langsame, aber stetige Aufwärtsentwicklung auf. Durch seine fachlich bedingte Selbständigkeit hat sich der Marinehird bisher aus den Spannungen und organisatorischen Veränderungen und den Wirkungen des Kräftespiels innerhalb des Hird heraushalten können. Die Zusammenarbeit zwischen der Führung, der deutschen Beratung und dem Werbeoffizier der Kriegsmarine ist vorbildlich. Marinehirdführer Fjelstad sieht es z.Zt. als seine Hauptaufgabe an, Freiwillige zu werben. Zu diesem Zweck finden laufend gemeinsame Werbeveranstaltungen in allen grösseren Städten statt, bei denen ein Hirdmarineführer sowie ein norwegischer Marinefreiwilliger sprechen. Bis jetzt sind über 300 Freiwillige in die deutsche Kriegsmarine eingetreten; 2 davon sind bei Gefechten vor der norwegischen Küste gefallen.

Die NSUF ist mit ihren Einheiten in den letzten Monaten nicht sehr in Erscheinung getreten. Die Veranstaltungen, meist sportlicher Art, waren in Bezug auf die Teilnehmerzahl erfolgreich. Die Entwicklung der NSUF zu einer revolutionären, politischen Jugendbewegung ist gehemmt durch ihre Führung. Stabsleiter Tiedemand-Ruud, der in der letzten Zeit zwar eine Bereitschaft erkennen liess, die deutsche Beratung für die Jugendarbeit in Norwegen zu verstehen, beeinflusst seine Mitarbeiter nach wie vor durch seine konfessionell gebundene Einstellung und die Vorbehalte gegenüber einer nationalsozialistischen Jugendarbeit. Revolutionäre Kräfte können sich unter diesen Verhältnissen nur mit Schwierigkeiten entfalten.

Mit der Ablehnung eines von Tiedemand-Ruud anlässlich der Sommerkampfspiele der NSUF am 15. und 16.8. in Stavanger angesetzten Kirchganges und Festgottesdienstes, stellte sich eine revolutionäre Richtung innerhalb der NSUF gegen

die von

die von Tiedemand-Ruud verfolgte Linie. Der Kirchgang wird trotz des Einspruches durchgeführt werden.

Wie stark die konfessionelle Gebundenheit der von der NS eingesetzten Führung von "Noregs Ungdomslag" ist, geht u. a. auch aus einer Veröffentlichung in "Fritt Folk" über die Aufgaben dieser Vereinigung hervor.

In einem Leitartikel unter der Überschrift "Für Norwegertum und Christentum" wird das Programm von Noregs Ungdomslag entwickelt, das der von der NS eingesetzte Leiter der Organisation, T r a h a u g , ein Freund und Mitarbeiter Tiedemand-Ruud's, wiederholt vertreten hat. Es sind rein nationalistisch-konfessionelle Gedankengänge, die sich gegen jede neue revolutionäre Idee wehren. Der Artikel schliesst mit der Parole: "Auf für den Olavsgedanken. Für Norwegertum und Christentum."

Innerhalb der NSUF herrscht in Bezug auf die augenblickliche politische und militärische Lage unter den Führern und Führerinnen Zuversicht. Nach dem Attentat auf den Führer zeigte sich, wie stark das innere Verhältnis und die Einstellung zum Führer innerhalb eines Teiles Angehöriger der NS-Jugendorganisation ist.

Die Unghirdmarine ist z.Zt. die Formation der NS, die die positivste Entwicklung aufzuweisen hat. Eine gewisse Selbständigkeit, die die Unghirdmarine innerhalb der NSUF hat, ist fachlich bedingt, wirkte sich jedoch auch in einer geschlossenen positiven Einstellung ihrer Führung gegenüber Deutschland aus. Tiedemand-Ruud konnte sich auf Grund dieser fachlichen Selbständigkeit personalpolitisch bisher in keiner Weise in die Arbeit der Unghirdmarine einschalten. Neben dem Führer dieser Formation, B l o m , wirken an einer neuerrichteten Inspektorschule Ausbilder, deren Ausrichtung politisch und weltanschaulich eindeutig posi-

tiv ist.

ativ ist. Die Inspektorschule soll in 3-jähriger Schulung politisch ausgerichtete und gefestigte Seeleute und Ausbilder für die Unghirdmarine heranbilden. Zum Eintritt berechtigt sind norwegische Jungen mit dem Mittelschulexamen. Nach der Ablegung des Abiturs sieht der Lehrplan die Ablegung des Steuermanns- und Kapitänsexamens vor. Leiter der Schule ist ein ehemaliger norwegischer Marineoffizier **W i l l e**. Der Hauptausbilder ist der ehemalige Legionsunterscharführer **N i e l s e n**, der als erster Unterführer der norwegischen SS-Freiwilligen das EK erhielt. Andere Lehrkräfte sind ebenfalls Frontkämpfer und gleichzeitig Mitglieder der Germanischen SS. Die Inspektorschule ist mit 35 Schülern belegt.

Neben der Inspektorschule unterhält die Unghirdmarine in Granholmen eine Seesportschule, auf der während der Sommermonate in 4-wöchigen Kursen Unghirdmarinejungen ausgebildet werden. Die Kurse der Seesportschule zählen durchschnittlich 50 Jungen (A, B und C-Kurse). Für die Kurse der Seesportschule sind in letzter Zeit mehr und mehr Jungen aus gegnerisch eingestellten Bevölkerungskreisen geworben worden.

Norwegischer Arbeitsdienst

Wenn auch Gewaltmaßnahmen gegen den Arbeitsdienst in letzter Zeit auf Einzelfälle beschränkt blieben, so nahmen doch die terrorisierenden Bestrebungen der Gegner während des Monats Juni unvermindert ihren Fortgang mit dem klar erkennbaren Ziel, sowohl Führer als auch Mannschaften zur Flucht aus dem Arbeitsdienst zu veranlassen und diesen damit zu zerschlagen. Hält sich auch die Zahl der Fluchtfälle vorläufig noch in begrenztem Umfange, so ist doch in Anbetracht der fortgesetzten intensiven Gegnerarbeit mit einem stetigen Ansteigen der Fluchtfälle zu rechnen. Schon die zahlenmäßige Entwicklung der Fluchtfälle während des Monats Juli beweist, daß dem Gegner bemerkenswerte Anfangserfolge in dieser Richtung gelungen sind. Gegenüber den in den Monaten Mai und Juni zusammen registrierten Fluchtfällen von 69 Männern und 13 Führern, flüchteten im Juli allein 96 AT-Männer und 11 Führer.

Aus einer Aufstellung über die erfolgten Fluchtfälle ist ersichtlich, daß sich diese vorwiegend auf die in dem Raum nördlich Oslo gelegenen Arbeitsdienstlager konzentrierten (Bezirke Buskerud und die südlichen Teile von Opland und Hedmark).

Umstände und Art der Flucht, insbesondere, wenn es sich um einen größeren Personenkreis handelt, enthalten deutliche Hinweise auf die Arbeitsweise der Gegner und die Auswirkungen im Einzelnen. Bei der am 25.7. aus dem Lager Soterud (Lommedal) erfolgten Flucht von 19 AT-Männern führten die Ermittlungen zu der Feststellung, daß die Flucht wohl vorbereitet war insofern, als die gesamte Wache zusammen mit einigen Männern nachts von einem Lastkraftwagen aufgenommen und abtransportiert wurde. Wiederholt gelang es dem Gegner, allein durch telefonische Androhung von Terrormaßnahmen, AT-Männer zur Flucht zu bewegen. In der Nacht

vom

vom 29. zum 30.7. verließen 27 AT-Männer das Lager Ilseng/Löten, nachdem der Lagerführer, Sveitfører S e k k e l s e n, bereits am 25.7. und in den Tagen nach dem 25. bis zum 29.7. weitere 5 Führer desselben Lagers verschwunden waren. Das Gerücht, wonach sich in dem Lager "etwas ereignen" würde (u.a. soll telefonisch mit Gewaltmaßnahmen für die Nacht zum 30. gedroht worden sein) nahm also ein Drittel der gesamten Belegschaft zum Anlaß, das Lager zu verlassen, während etwa zwei Drittel der Mannschaft im Lager verblieb, ohne daß eine Störung des Lagerbetriebes von außen erfolgte. Bis heute sind etwa 29 AT-Angehörige nicht in das Lager zurückgekehrt und damit flüchtig. Nach den Angaben der bezirklichen Dienststelle des Arbeitsdienstes soll sich ein Teil der Flüchtlinge in ihren Heimatorten aufhalten. Die Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen.

In weiteren AT-Lagern wurden auf gleiche oder ähnliche Weise, z.B. durch Ausstreuung von Gerüchten über bevorstehende Maßnahmen gegen das jeweilige Lager mit mehr oder weniger Erfolg AT-Männer zur Flucht veranlaßt, zumindest aber eine erhebliche Unsicherheit und Unruhe in die Lager hineingetragen. Immer wieder ist von AT-Männern zu hören, daß sie während ihres Sonntagurlaubes von Freunden und Angehörigen regelrecht aufgehetzt würden, mit der Forderung, den AT zu verlassen. Nach Angaben der AT-Führung sind Fälle bekannt, wonach AT-Männer darum baten, in Rücksicht auf diesen geistigen Terror den Sonntagurlaub zu sperren, da es ihnen auf die Dauer schwer möglich sei, der stetigen Einflußnahme nicht nachzugeben (auffallend sei die aufsässige Haltung und der allgemein an den Tag gelegte Widerwillen bei den AT-Männern nach ihrem Sonntagurlaub, so heißt es in einer Meldung aus Bergen). In der Öffentlichkeit ist stark die Meinung verbreitet, daß man sich in der Hetze gegen den AT kaum Einschränkungen aufzuerlegen brauche, da ja von staatlicher Seite praktisch nichts dagegen unternommen würde. Die Arbeitseinsatzpflichtigen

tigen hätten durch ihr Nichterscheinen die von norwegischer und deutscher Seite erteilten Anordnungen illusorisch gemacht, ohne dass von den jungen Dienstverweigerern größere Maßnahmen oder Strafverfolgung zu befürchten seien ; warum solle man nicht dem AT mit gleichen Mitteln begegnen und den Freund oder Bruder davon "befreien".

Die norwegische "Heimatfront" tut ein übriges, um mit Flugblättern und Mitteilungen über den Londoner Rundfunk die Stimmung gegen den Arbeitsdienst zu beleben. In einem vorwiegend an Führer unterer Dienstgrade anonym versandten Schreiben wird eine ernste Warnung und offen die Forderung ausgesprochen, daß der Arbeitsdienst für die Dauer des Krieges zur Auflösung gebracht werden müsse. Wörtlich heißt es in dem als "persönlicher Brief" gekennzeichneten Schreiben u.a.:

" Kein Offizier im AT soll sich nach dieser ernststen Warnung darauf berufen können, daß er nicht von dem Risiko wußte, weiterhin im Dienst zu verbleiben. Alle Parteien sind sich einig darüber, daß es jetzt zum endgültigen Entscheid im Kriege kommt Der Nazismus hat der Welt Millionen an Menschenleben gekostet, jetzt ertrinkt er in seinem eigenen Blut

Tausende von norwegischen Landsleuten sind um die Freiheit ihres Landes draußen auf der Außenfront oder in der Heimat getötet oder verstümmelt. 400 Norweger sind von den Deutschen und der NS hingerichtet, 20.000 verhaftet, 30.000 aus dem Lande getrieben worden Das norwegische Volk verflucht den Nazismus und die NS. Aber innerhalb des AT richten sich noch immer Offiziere so ein, als ob sie nichts davon wüßten, daß Norwegen im Krieg ist; gegenüber knapp 2% norwegischer Nazisten sind 80 % der Offiziere nazistisch. Es existiert Sveit um Sveit, wo das ganze Offizierskorps offene oder verborgene Verräter sind

Sie müssen verstehen, daß es eines Tages mit einem Schrecken für sie persönlich enden wird. Die Heimatfront ist gezwungen, ständig härtere Mittel zu gebrauchen. Im Laufe des letzten Jahres sind verschiedene Angeber und NS-Verbrecher niedergeschossen worden. Denken Sie über die Abrechnung nach, die sich nähert, wenn die Deutschen ihre kleinen norwegischen Söldner nicht mehr beschützen können.

Die

Die Parole für die Heimatfront lautet: Der Arbeitsdienst muß zur Auflösung gebracht werden, so lange der Krieg dauert Trotz Drohung mit Gewalt und Razzien machen tausende von jungen Leuten freiwillig ihren Einsatz auf den Bauernhöfen und leisten doppelte und effektivere Hilfe als im AT unter einer Nazileitung.

Die Parole gilt natürlich in erster Linie für die Offiziere. Sie ist gegeben in gemeinsamer Beratung mit unserer gesetzlichen Regierung in London von Leuten, die die Übersicht besitzen über das, was geschieht. Die Parole ist nicht als ein Rat aufzufassen, dem man nach Belieben folgen kann oder nicht, sondern als höchster Befehl in Kriegszeit. Wer diesem Befehl nicht nachkommt, wird vor ein Kriegsgericht gestellt werden oder nach der Verordnung der norwegischen Regierung vom 22.1.42 die in § 1 sehr strenge Strafen für solche Elemente festlegt, die dem Feinde Beistand leisten, "abgeurteilt".

Die Auswirkungen solcher Hetzschriften kennzeichnet treffend eine Meldung aus Drammen, wonach einzelne AT-Führer heute lieber als je zuvor in Zivil ihren Dienst verrichten und es sich dabei um solche Führer handelt, "denen der Angstschweiß schon seit längerer Zeit auf der Stirn steht". Ein AT-Führer der mittleren Führerlaufbahn vertritt hinsichtlich des Flugblattes die Meinung, daß es zutreffend sei, daß der Landwirtschaft ohne AT. mehr Kräfte zur Verfügung gestellt werden könnten. Der betreffende Führer begründet seine Feststellung mit dem Hinweis, daß in diesem Jahr anstelle der Stadtjugend auffallend viel Bauernjungen einberufen worden seien, die als landwirtschaftliche Arbeitskräfte den Bauern mehr nützen könnten als in ihr Einsatz beim AT. Praktisch laufe die Einberufung von Bauernjungen zum AT. auf eine Verminderung der dringend benötigten Arbeitskräfte für die Landwirtschaft hinaus. Wie aus Drammen weiter berichtet wird, sind bei der dortigen Fylkingführung in unmittelbarer Auswirkung des oben zitierten Schreibens weitere

Ent-

14

Entlassungsgesuche eingegangen. Obwohl der Verlust dieser AT-Führer mit Rücksicht auf deren zweifelhafte Haltung nicht sonderlich zu beklagen ist, macht sich doch in zunehmendem Maße ein Mangel an geeigneten zuverlässigen AT-Führern bemerkbar.

Auch aus Bergen wird hinsichtlich der Auswirkung des Gegnerterrors eine zunehmende Nervosität innerhalb des AT-Führerkorps berichtet. Besonders gravierend sei die Wirkung bei den AT-Führern, die nicht oder nur aus Opportunität der NS angehören. Aus AT-Führerkreisen verlautete, daß es die Arbeitsdienstführer teilweise mit der Wahrnehmung ihrer Aufgaben und Pflichten nicht mehr so ernst wie bisher nehmen würden. Die Widerstandskreise würden in jeder Weise Hilfestellung bei der Flucht von AT-Männern leisten, heißt es weiter in der Bergener Meldung. Es soll bei der Flucht zweier AT-Männer aus dem Lager Bulken der nachts gegen 2 Uhr durchfahrende Güterzug auffallend langsam durch die Station gefahren sein, so daß die flüchtigen AT-Männer Gelegenheit hatten, diesen Zug zu besteigen. Der vom Sveitförorer zur Rede gestellte Telegrafist der Station Bulken habe ein auffallend nervöses Gebaren an den Tag gelegt, so daß sich der Verdacht vertieft, daß der Telegrafist die langsame Durchfahrt des Güterzuges in der vorstehend geschilderten Absicht veranlaßt hat. Aus dem Lager Bulken sind von 138 Männern bis heute 8 geflüchtet.

Bemerkenswert sind die ersten Fluchtfälle aus dem AT-Lager Korgen (Bezirk Mosjøen), wo 500 Arbeitsdienstmänner zwischen Korgen und Elvsfjord eingesetzt wurden (im gleichen Bauabschnitt waren früher serbische Kriegsgefangene eingesetzt. Es handelt sich um eine wichtige Strecke der nach dem Norden führenden Reichsstraße). Am 16.7. flüchteten 7 und am 20.7. 6 AT-Angehörige in voller Uniform nach Schweden und aus dem Nachbarlager am 1.8. weitere 4 AT-Angehörige.

Als

LB
a.

Als vorläufig letzter einer Serie von Gewaltakten ist der am 11. Juli vormittags auf die AT-Sanitätsdienststelle in Drammen erfolgte Überfall zu berichten. 2 mittels PKW vorgefahrene Terroristen betraten einen Dienstraum der AT-Dienststelle und forderten unter Bedrohung mit Pistolen die beiden als Wache eingeteilten AT-Unterführer auf, keinen Widerstand zu leisten. Nachdem die beiden AT-Angehörigen geknebelt und gefesselt waren, legten die Terroristen anhand mit Benzin übergossener Akten einen Brand an, der sich jedoch nicht weiter ausbreitete. Der gesamte Schriftverkehr und einige Karteien sowie eine Schreibmaschine wurden von den Terroristen mitgenommen. Bezeichnenderweise fand dieser Gewaltakt stimmungsmässig keine nennenswerten Auswirkungen, weder nach der einen noch nach der anderen Seite. Die Bevölkerung bemängelte, daß die Zeitungen nicht über derartige Dinge nüchtern und sachlich berichteten und argumentierte, daß es sinnlos sei, derartige Vorkommnisse von offizieller Seite zu verschweigen. Aus AT-Kreisen äußerte man, daß bei der jetzigen als lächerlich zu bezeichnenden Wache des AT mit solchen Überfällen jederzeit zu rechnen sei, zumal oft die unfähigsten Männer zur Wache abgestellt würden.

In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß sowohl im Londoner Rundfunk als auch in der schwedischen Presse viel über die sogenannte Bewaffnung der AT in Verbindung mit den immer wieder unterstellten Militarisierungsabsichten gesprochen wurde. Tatsache ist, daß einigen wenigen Führern der AT-Dienststellen Gewehre mit einigen Schuß Munition zur Verfügung gestellt wurden, damit notwendigenfalls bei Überfällen ein gewisser Widerstand geleistet werden kann und es unmöglich gemacht wird, daß etwa

ein

ein Terrorist mit vorgehaltener Pistole ein ganzes Lager einzuschüchtern in der Lage ist.

Seitens der AT-Führung sieht man der künftigen Entwicklung des norwegischen Arbeitsdienstes angesichts der zunehmenden Erfolge der aktiven Gegner nicht ohne ernste Besorgnis entgegen. Die Stimmen bringen ihre Bedenken hinsichtlich der Zurückhaltung maßgebender Stellen gegenüber dem gesteigerten Terror zum Ausdruck und heben hervor, daß es an der Zeit, wenn nicht schon zu spät sei, die Staatsautorität der Öffentlichkeit gegenüber zu demonstrieren und damit die verbreitete Auffassung, daß nach dem Beispiel des Nationalen Arbeitseinsatzes praktisch jeder zu tun und lassen könne, was er wolle, zu beseitigen. General Frölich-Hansen erklärte Anfang August in engerem Kreise

" daß es falsch sei, gegenüber dem Terror der Gegner weiterhin passiv zu bleiben. Es sei ihm unmöglich, neue Ausschreibungen für den AT vorzunehmen, da die Gegner bereits dazu übergangen, nicht nur mehr die Masse zu terrorisieren, sondern sogar einzelne Unterführer nachts mit Gewalt aus den Wohnungen zu holen. Damit würde dem einzelnen AT-Mann die Unsicherheit vor Augen geführt und derselbe letzten Endes auch davon ergriffen. Die Flucht sei schließlich das Ergebnis. Es sei jetzt an der Zeit, den Gegner mit den schärfsten Mitteln anzugehen, um dadurch zu verhindern, daß es zum offenen Partisanenkampf komme."

B - G e g n e rSabotage und Terror:

Die aktive illegale Betätigung der Gegner war in den letzten Wochen verhältnismäßig gering. Zum Teil ist dies dadurch zu erklären, daß die Urlaubsstimmung der Norweger sich auch auf die illegale Betätigung auswirkte; der zeitweilige Rückgang der Terror- und Sabotageakte ist aber auch auf die Aushebung der beiden kommunistischen Hauptquartiere Solia bei Brandbu und Buahaug- und Rabalensäter im Valdresgebiet (s. Meldungen aus Norwegen Nr. 69 vom 11.6.44, S. 26 und Nr. 70 vom 12.7., S. 3) zurückzuführen. Nicht überprüfbar, aber in diesem Zusammenhang von Interesse ist die Angabe eines festgenommenen Kommunisten aus Oslo, der von einem kommunistischen Kurier aus Stockholm gehört haben will, daß die kommunistische Leitung in Stockholm z.Zt. keine Sabotageakte in Norwegen wünscht.

Ein Sabotageversuch wurde am 20.7. im Osloer Hafen gegen den dort am Kai liegenden deutschen Dampfer "Ahrensburg" unternommen. In der Nähe des Dampfers erfolgte eine Explosion, durch die ein am Hafen gelegener Schuppen teilweise zerstört wurde. Neben dem Schuppen wurde ein leeres Ruderboot treibend aufgefunden, in dem ein Wehrmachtsposten kurz zuvor drei verdächtige Männer beobachtet hatte. Es ist anzunehmen, daß die drei Personen einen Sprengkörper für einen Anschlag gegen den Dampfer "Ahrensburg" bei sich geführt hatten, und daß dieser Sprengkörper vorzeitig explodierte. - In den Nächten vom 30. und 31.7. wurden durch bisher unbekannte Täter drei größere Benzinlager der norwegischen Straßenbauverwaltung und der OT in drei Orten längs der Bergensbahn in Haugastøl, Geilo und Gol zum Auslaufen gebracht. Durch Anzapfen gingen insgesamt 57 602 l Benzin verloren. In der Nacht zum 13.8. wurde wiederum ein Benzinlager der Wehrmacht in Fagernes zum Auslaufen gebracht, wodurch 63 000 l Benzin verloren gingen. - In der Nacht zum 14.8. wurden in Notodden und Umgebung an weiteren 8 Lagern Sprengkörper mit Zeitzündern

C16

Zeitzündler gefunden. Ihre Explosion wurde durch die rechtzeitige Entdeckung verhindert. Alle betroffenen Lager waren nicht durch Posten gesichert.

In der Nacht vom 13.8. wurde in Oslo ein Sabotageanschlag gegen ein Kraftfahrzeugbeständelager der Luftwaffe durchgeführt, wodurch über 40 Kraftfahrzeuge, verschiedene Kraftwagenteile und 50 Flugzeugrümpfe vernichtet oder beschädigt wurden. Ein in dem gleichen Lager unterirdisch angelegtes Benzinlager, in dem sich ungefähr 25 000 l Benzin befinden, konnte noch im letzten Augenblick gerettet werden. Das Lager der Luftwaffe war durch einen deutschen Posten gesichert, der nur einen Teil des Lagerbereiches überschauen konnte.

In den Mittagstunden des 29.7. wurde in Drammen ein Überfall auf eine Bank verübt, der wahrscheinlich von kommunistischen Tätern durchgeführt worden ist. Zwei unbekannte Männer erzwangen sich mit vorgehaltenen Maschinenpistolen in den Räumen der Bank die Herausgabe von Bargeld, wurden aber durch die Geistesgegenwart einiger Bankangestellter, die sofort die Alarmanlage auslösten, zur Flucht gezwungen. Sie schossen auf ihrem Rückweg einen der Bankangestellten nieder und verletzten ihn dabei schwer.

In der Nacht vom 6. zum 7.8. wurden gegen je eine Fabrik in Oslo und Fetsund (Fylke Aker), in denen Schleif- und Schmirgelsteine hergestellt werden, Sprengstoffanschläge verübt, durch die Teilschäden verursacht wurden. Bei dem Anschlag in Fetsund wurde einer der Täter durch vorzeitige Entzündung des Sprengkörpers selbst getroffen und getötet.

Am 9.8., gegen 8 Uhr früh, wurde ein mit Lebensmittel- und Tabakkarton beladener Lastkraftwagen der Osloer Großdruckerei Mostue in der Nordbygate in Oslo von unbekanntem Insassen eines Personenkraftwagens nach Vorzeigen von Pistolen überfallen und nach der Skippergate geleitet. Dort wurden die Rationierungskarten in einen

bereit-

bereitstehenden Lastkraftwagen umgeladen. Die Ladung bestand im einzelnen aus

60 000 Lebensmittelkarten für Männer
6 652 Lebensmittelkarten für Frauen
28 505 Tabakkarten für Männer und
1 080 Tabakzusatzkarten.

Der Wagen der Firma Mostue wurde später in einer Seitenstraße am Ostrand von Oslo abgestellt. Der Führer dieses Wagens und zwei Begleiter wurden mit englischen Fallschirmschnüren an den Händen gefesselt zurückgelassen. Zwei Kontrolleure der Firma Mostue, die an der Fahrt teilgenommen hatten, waren offensichtlich beteiligt, denn sie sind seit dem Überfall verschwunden.

Der Kraftwagenführer und die beiden Begleiter der Firma Mostue wurden vorläufig festgenommen.

Terrorakte gegen Einzelpersonen wurden im Bereich Drontheim und in Oslo durchgeführt. In Majavatn wurde einem Hirdmann ein Paket übersandt, das nach der Öffnung explodierte. Dadurch wurde der betreffende Hirdmann völlig zerrissen, seine Frau und seine Tochter, die neben ihm standen, wurden schwer verletzt.

Ein gleicher Anschlag wurde, allerdings erfolglos, gegen den Kreisführer der NS in Namsos versucht. - In Oslo wurde wiederum ein Anschlag gegen einen Staatspolizisten, gegen den sich bereits am 9.6. ein Anschlag gerichtet hatte, und gegen einen in seinem Haus wohnenden anderen Angehörigen der norwegischen Staatspolizei versucht. In der Nähe seiner Haustür wurde eine Eierhandgranate angebracht, die von einem nahegelegenen Waldstück aus mittels eines mit ihr verbundenen Drahtes in dem Augenblick zur Entzündung gebracht wurde, als die beiden Staatspolizisten das Haus verließen. Sie entgingen der Wirkung der Explosion dadurch, daß sie sich sofort zu Boden warfen.

Illegale Flugblattpropaganda:

Illegale Flugblattpropaganda:

Die illegale Flugblattpropaganda ist im Juli wahrscheinlich in Auswirkung der allgemeinen Urlaubsstimmung etwas zurückgetreten. Besonders bemerkenswert ist das Vordringen der von Kommunisten geleiteten illegalen Flugblätter. Gegen Hersteller und Verbreiter derartiger kommunistischer Flugblätter erfolgten in Oslo und Umgebung Zugriffe, In Oslo wurden 13 Großverteiler der Zeitschriften "Radio Stenogrammer" und "Radio Nytt", in Lörenskog bei Oslo zwei bei der Redaktion dieser Zeitschriften beschäftigte Personen festgenommen. Bei diesen handelt es sich um eine seit langem gesuchte Kommunistin Dagmar Eilert, eine frühere Angehörige des norwegischen Stenogrammbüros, die von den illegalen Propagandaorganisationen wegen ihrer Fach- und wegen ihrer russischen Sprachkenntnisse als eine ganz besonders wertvolle Fachkraft angesehen wurde, und um ihren 20-jährigen Sohn. Beide leiteten den Abhördienst der kommunistischen Zeitschriften in Oslo. Ihre Festnahme erfolgte in einer Teildruckerei der Zeitung "Radio Nytt". Die Druckerei wurde mit allem Material sichergestellt.

Militärorganisation:

In Oslo wurden am 24.7. zwei Polizeiinspektoren und ein Polizeibevollmächtigter des Osloer Polizeipräsidiums festgenommen, nachdem sie lange Zeit hindurch beobachtet worden waren und festgestellt worden war, daß sie sich im Rahmen der Mil.Org. illegal betätigten. Im Zusammenhang mit diesen Ermittlungen erfolgten in Oslo weitere Festnahmen von Zivilpersonen, die der Mil.Org. angehörten.

Spionage

Spionage:

Am 22.7. wurde durch den Funkpeiltrupp der Ordnungspolizei in einem nördlich Moss gelegenen Wald ein gegnerischer Sender während der Funktätigkeit ausgehoben und das benutzte Sendegerät mit Funkunterlagen sichergestellt. Der Funker, ein in England ausgebildeter Norweger, wurde, als er sich mit einer Coltpistole zur Wehr setzen wollte, von einem Angehörigen der Ordnungspolizei erschossen. Eine Frau, die der Funker zur Tarnung mit in den Wald genommen hatte, wurde bei einem Fluchtversuch durch einen Schulterschuss verletzt und festgenommen. Anschließend an die Aushebung dieses Senders wurden in Hamar 10 und in Oslo 3 Personen festgenommen, die sich als Nachrichtenzuträger und Helfer für den Funkagente betätigt hatten.

Ü b e r s i c h t

über die zur Zeit einsitzenden Häftlinge, Internierten
und Kriegsgefangenen.

Stand vom 29. Juli 1944:

1. Polizeihäftlingslager Grini	3 252
2. Polizeigefängnis Möllergate	274
3. In anderen Haftanstalten in Norwegen	1 621
4. In Konzentrationslagern in Deutschland	<u>2 737</u>

Gesamtzahl der Häftlinge 7 884

5. In Deutschland Internierte	
a) Angehörige der USA	20
b) Engländer	30
6. Kriegsgefangene norwegische Offiziere	986

K i r c h e

Die Lage auf kirchenpolitischem Gebiet hat sich in den vergangenen Wochen wieder verschärft. Der Grund liegt im Vorgehen des Kirchendepartements und der norwegischen Staatspolizei gegen das Zentralbüro der Norwegischen Missionsgesellschaft in Stavanger. Die Norwegische Missionsgesellschaft ist die größte freie Laienorganisation und hat mehrere tausend Zweigstellen in Norwegen. Die norwegische Staatspolizei hatte festgestellt, daß sich das Zentralbüro in Stavanger illegal betätigte, und führte in den Büroräumen der Leitung eine Haussuchung durch. Dabei wurde ermittelt, daß der Vorstand der Missionsgesellschaft umfangreiche Vorarbeiten für eine Trennung der norwegischen Kirche vom Staat geleistet und u.a. bereits Austrittsmeldungen aus der Staatskirche und Anmeldeformulare für eine "freie norwegische Kirche" ausgearbeitet hatte. Außerdem wurden Aufzeichnungen von Meldungen des Londoner Rundfunks, ein Schreiben einer kommunistischen Organisation, tendenziöse Bemerkungen zu "Mein Kampf" und anderes belastendes Material gefunden. Der Leiter der Missionsgesellschaft, Kornelius Olsen K o r n e l i u s, ehemaliger Dompropst von Stavanger, und der Generalsekretär Einar A m d a h l wurden festgenommen. Das Kirchendepartement setzt zum neuen Leiter den NS-Bischof K v a s n e s aus Stavanger ein, der schon früher im Vorstand war, aber wegen seiner politischen Einstellung von den übrigen Vorstandsmitgliedern boykottiert wurde.

Die Reaktion bei der kirchlich interessierten Bevölkerung ist außerordentlich stark. In der Beurteilung der Maßnahmen gegen die leitenden Personen ist man verhältnismäßig nüchtern. Ihr Schicksal wirkt, da sie nicht zu den "großen Persönlichkeiten" des norwegischen Kirchenlebens gehören, nicht so sensationell wie z.B. das des ehemaligen Bischofs Berggrav und der übrigen ehemaligen Bischöfe. Allerdings glaubt man nicht an die erhobenen Beschuldigungen und führt das gesamte Vorgehen auf den NS-Bischof

Kvasnes

Kvasnes zurück, dem vorgeworfen wird, er habe sich wegen seiner Zurücksetzung rächen wollen. Dagegen ist die Reaktion auf die Unterstellung der Missionsgesellschaft unter einen NS-Mann sehr stark. Die äußerlich sichtbare Folge ist zunächst, daß die einzelnen Zweigvereine in den Provinzen und Gemeinden in Protestschreiben erklärt haben, daß sie die Leitung durch Kvasnes nicht anerkennen und sich nicht unterstellen wollen. Die einzelnen Vereine haben sich von der Zentrale in Stavanger gelöst und arbeiten für sich selbständig weiter.

b) Kulturelle Gebiete

Hochschule und Wissenschaft.

Hinsichtlich der Frage einer evtl. Wiedereröffnung der Universität Oslo wird seitens der großen Mehrzahl der Studenten weiterhin die Meinung vertreten, daß die Aufnahme des allgemeinen Lehrbetriebes nicht ohne die Rückkehr der norwegischen Studenten aus dem Reich und die Freilassung der noch in Haft befindlichen Hochschullehrer denkbar ist. Darüberhinaus herrscht in den negativ eingestellten akademischen Kreisen die Auffassung vor, daß eine Wiedereröffnung der Osloer Universität unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen als ein Erfolg für die Neuordnung gelten müsse, der zu verhindern sei. Ein größerer Teil der mehr oder minder politisch neutral eingestellten Studenten ist schließlich der Wiedereröffnung der Universität aus der Vorstellung heraus abgeneigt, daß der Umstand einer in Oslo aus dem ganzen Lande zusammengeführten norwegischen Studentenschaft deutsche Stellen oder die NS. zu einer verhältnismäßig bequemen Erfassung einzelner Jahrgänge für bestimmte kriegswirtschaftliche Einsätze veranlassen könnte.

Vonseiten gewisser Kreise der NS. wird dessen ungeachtet bei der Erörterung einer evtl. Wiedereröffnung der Osloer Universität die Parole verbreitet, daß die Wiederaufnahme des Lehrbetriebes an sich durchführbar sei, jedoch von einzelnen deutschen Stellen verhindert werde. Verschiedene mit dem akademischen Leben näher befasste Persönlichkeiten der NS. vertreten darüber hinaus die Überzeugung, daß eine Wiedereröffnung der Universität sogar möglich sei, wenn gleichzeitig die allgemeine Zulassung zur Hochschule von der Erfüllung bestimmter politischer Forderungen abhängig gemacht werde. Diese Anschauung wird in besonderer Weise von der NS-Studentenführung vertreten und hat bei Minister S k a n c k e weitgehend Gehör gefunden.

Wie

- 33 -

Wie in den "Meldungen aus Norwegen" Nr. 69 vom 11. Juni 1944 berichtet worden ist, sind die meldepflichtigen Studenten (ca. 310) der Technischen Hochschule in Drontheim der an sie ergangenen Einberufung zum nationalen Arbeitseinsatz geschlossen nicht nachgekommen. Auch der ihnen durch Minister Skancke und den Rektor der Hochschule, H e g g s t a d, bei dem Arbeitsdirektorat erwirkte neue Termin zur Erfüllung der Meldepflicht ist bis auf wenige Ausnahmen ohne Beachtung geblieben, obwohl den Studenten dabei zugesichert worden war, daß die vorliegende Meldung nicht zur Einberufung vor der Ablegung des Examens führen würde. Da die betreffenden Studenten es jedoch statt der Meldung vorzogen, die Deckung zu gehen, haben sie sich zunächst auch einer Abschlußprüfung nicht unterziehen können. Die Drontheimer Hochschulbehörde hat sich trotz des vorliegenden Sachverhalts veranlaßt gesehen, den Studenten entgegenzukommen und die Vorbereitungen zur Abwicklung der Zwischen- und Schlußexamina weiterzuführen. Man hat sich angeblich zu diesem Verhalten aus der Überlegung heraus entschlossen, daß andernfalls die Arbeitsplätze der fraglichen Studenten nicht rechtzeitig für die nachrückenden Examenssemester zur Verfügung stehen und somit Nichtbeteiligte geschäftigt würden.

Diese Zustände wurden dann dadurch legalisiert, daß der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz, A s t r u p, von sich aus dem Leiter des Distriktsarbeitskontores für Sör-Trøndelag unter dem Datum vom 17.6.44 die Weisung erteilte, mit sofortiger Wirkung alle an die Studenten der Technischen Hochschule ergangenen Dienstverpflichtungen zum nationalen Arbeitseinsatz zurückzuziehen und bereits vorliegende Meldungen auf sich be-

ruhen

ruhen zu lassen. Gleichzeitig wurde von seiner Seite die Registrierungs-pflicht für die Studenten als aufgehoben erklärt und darauf hingewiesen, daß die Technische Hochschule ihren gewöhnlichen Lehrbetrieb fortsetzen könne.

Astrup hat sich bezügl. dieser Maßnahme mit keiner deutschen Stelle in Verbindung gesetzt. Die fraglichen Vorgänge wurden erst auf dem nachrichtendienstlichen Wege einige Zeit später in Erfahrung gebracht. In der Zwischenzeit leitete die Drontheimer Hochschulbehörde - unter weitgehendem Entgegenkommen gegenüber den Studenten u.a. auch hinsichtlich der Aufeinanderfolge der Prüfungsfächer und -termine - den Beginn der Schlußexamina ein und führte eine rasche Abwicklung durch.

Rektor Heggstad wie das Departement für Kirche und Unterricht sind der Überzeugung gewesen, mit einer derartigen Hochschulpolitik u.a. eine ruhige Weiterentwicklung des Lehrbetriebes im Herbstsemester zu erreichen. Gegen diese Auffassung sprachen bereits um die Mitte des Juli dieses Jahres verschiedene Stellungnahmen zu dem "nachgiebigen Verhalten der NS-Behörden gegenüber den Studenten an der Technischen Hochschule Drontheim", hinter dem besondere "heimtückischere Spekulationen" vermutet wurden, in der feindlichen Auslandspresse.

Am 10.8.44 ist nunmehr ein illegales Flugblatt an die Studenten zur Verteilung gelangt, das u.a. die Studenten unter dem Hinweis auf eine möglicherweise bevorstehende neue Aktion zur Erfassung der Studenten für kriegsdienstliche Aufgaben auffordert, bis auf weiteres nicht an der Hochschule zu erscheinen.

Über die Studenten der Technischen Hochschule während der letzten Jahre laufend geführte Ermittlungen haben ergeben, daß ein nicht unbeträchtlicher Teil der in Drontheim seiner Ausbildung nach-

gehenden

- 35 -

gehenden Ingenieure, Techniker, Chemiker usw. nach dem Examen das Land illegal verläßt und sich u.a. der schwedischen Industrie für die Kriegsdauer zur Verfügung stellt.

Zur Neuaufnahme an der Technischen Hochschule Drontheim haben sich für das im Herbst beginnende neue Studienjahr im Rahmen der normalen Bewerbungstermine 537 Anwärter gemeldet. Insgesamt werden aufgrund der gegebenen Platzverhältnisse etwa 180 Studenten ihre Zulassung erhalten. In dieser Zahl sind rund 90 Anwärter einbegriffen, denen bei ihrer Bewerbung im vergangenen Jahre die Aufnahme an die Hochschule zum Herbsttermin 1944 zugesagt worden ist.

Schule und Erziehung.

Der in den letzten Jahren dauernd zunehmende Andrang zu den höheren Schulen hat sich in letzter Zeit mehr und mehr in eine Tendenz zur Ausdehnung und Verlängerung der Ausbildungszeit für die heranwachsende Jugend überhaupt entwickelt. Ohne grössere soziale Unterschiede ist es in weiten Kreisen üblich geworden, dass man seine Kinder nach dem Abschluss einer höheren Schule nicht allein an eine fachliche Fortbildungsschule weitergehen, sondern nacheinander eine Reihe solcher Schulen besuchen lässt, so dass solche Lehranstalten nicht selten Schüler im Alter bis zu 25 Jahren und darüber haben. In Verbindung mit solchen Tendenzen hat sich in kürzester Zeit u.a. eine Fülle von überbesetzten Handelsschulen, Korrespondenzschulen, kaufmännischen Fortbildungsschulen, Abendschulen mit den verschiedensten Kursen usw. herausgebildet, die zum grossen Teil bei entsprechenden Verdiensten privat betrieben werden. Die besonderen Beweggründe für die gekennzeichnete Entwicklung sind mehr und mehr in dem Bestreben zu suchen, auf diese Weise die Jugend der möglichen Einberufung zu irgendeiner kriegswirtschaftlichen Verwendung zu entziehen. Daneben ist festgestellt worden, dass seitens dieser "Schulen" eine Menge von fälligkeitsbescheinigungen an derzeitige oder ehemalige Schüler zur Erlangung von Reisegenehmigungen erteilt werden. (Anreise vom Heimatort zum Schulort sowie Rückfahrt vom Schulort werden durchweg von den Behörden als entsprechende Reisegründe anerkannt).

Die vorstehend geschilderten Verhältnisse haben vor kurzem zu einer Verordnung des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz geführt, wonach am 1.8.1944 keine Handelsschule, Fortbildungsschule, Volksschule und dergl. mehr ohne Genehmigung der zuständigen Arbeitskontore Schüler, die das 17. Lebensjahr vollendet haben, zu ihren Tageskursen annehmen dürfen. Diese Bestimmung hat zunächst in weiten Kreisen eine lebhaftere Stellungnahme hervorgerufen. In

der

- 37 -

der Zwischenzeit ist die Erregung jedoch wieder stark im Abklingen begriffen, wobei die sich mehr und mehr durchsetzende Auffassung eine Rolle spielt, dass auch dieser Versuch zur Erfassung der norwegischen Jugend für irgendwelche kriegswirtschaftlichen Aufgaben am geschlossenen Widerstand aller Beteiligten scheitern werde.

Zu der angeführten Verordnung ist noch zu berichten, dass sich bei den stimmungsmässigen Auswirkungen dieser Massnahme wiederum sehr stark bemerkbar gemacht hat, dass derartigen Verfügungen nicht sofort entsprechende Ausführungsbestimmungen folgen. - Neben den vorerwähnten Missverhältnissen hinsichtlich des Besuches von Handelsschulen usw. ist jedoch auch der Sachverhalt zu berücksichtigen, dass gerade in den ausgedehnten ländlichen Bezirken Norwegens die Söhne und Töchter einfacher Bauern- und Handwerkerfamilien seit Generationen das Winterhalbjahr u.a. dazu benutzen, um in der nächstgelegenen Stadt zur persönlichen Weiterbildung und zur späteren Unterstützung des elterlichen Betriebes eine kaufmännische oder sonstige Fachschule zu besuchen. Gegenüber diesen Interessen stellt die Verordnung in der vorliegenden generellen Form eine Härte dar.

Bei der Lehrerschaft macht sich nach der durch Orvar Saether auf der kürzlich in Oslo abgehaltenen Landestagung des "Norwegischen Lehrerbundes" erfolgten Ankündigung eines neuen Schulgesetzes, das durch einen besonderen Ausschuss des Lehrerbundes ausgearbeitet worden ist, eine neue Welle des Unwillens und der Erregung bemerkbar. Nach den Ausführungen Saethers soll das fragliche Schulgesetz fest auf den "Prinzipien der neuen Zeit" beruhen. Von der gegnerischen Seite ist in der Zwischenzeit diese Ankündigung mit einer neuen Kampfansage gegen den "Versuch zur Nazifizierung der Schule" beantwortet worden.

Deutsch-Norwegische Gesellschaft.

Der Vorsitzende der Deutsch-Norwegischen Gesellschaft Professor Klaus Hansen, hat nach entsprechender Vorbereitungszeit im vergangenen Winter und Frühjahr die letzten Wochen zum Vollzug der Gründung neuer Zweiggruppen der Deutsch-Norwegischen Gesellschaft in den Städten Hamar, Lillehammer, Dovanger und Steinkjer benutzt. Anlässlich seiner Bemühungen um die Errichtung weiterer Untergruppen in Nordtrøndelag kam es zwischen Professor Klaus Hansen und dem dortigen Fylkesfører Eggen zu einem erheblichen Zusammenstoß. Eggen, der bereits verschiedentlich in anderer Verbindung als extrem chauvinistisch in Erscheinung getreten ist, hat schließlich dem Professor Klaus Hansen in seinem Fylke jedwede Arbeit für die Deutsch-Norwegische Gesellschaft untersagt. Professor Klaus Hansen beabsichtigt, dessenungeachtet im Rahmen seiner gegenwärtigen Rundreise die begonnene Reihe der Neugründungen von Zweig- und Untergruppen über Nordtrøndelag hinaus bis ins nördliche Norwegen fortzusetzen.

Daneben sind bei der deutsch-norwegischen Gesellschaft die Vorbereitungen für das kulturelle Veranstaltungsprogramm des Winterhalbjahres 1944/45 angelaufen.

Norwegisches Kulturthing 1944.

Am 28. Juli 1944 trat in Drontheim das norwegische Kulturthing zu seiner diesjährigen Jahrestagung zusammen. Das dreitägige Treffen stand vornehmlich im Zeichen der Darlegung und Behandlung von Vorschlägen, die von den verschiedenen auf dem vorjährigen Kulturthing eingesetzten Arbeitsausschüssen vorgelegt wurden. Da die Zeitumstände einer Verwirklichung der Pläne allzu grosse Hindernisse in den Weg legen, eine Vordringlichkeit im übrigen auch nicht vorliegt, ist der Tagung im wesentlichen nur theoretischer Wert zuzumessen.

Minister F u g l e s a n g , der Präsident des Kulturthings, wies im einleitenden politischen Teil seiner Eröffnungsrede mit Nachdruck auf die Gefahr hin, die der europäischen Kultur vom Bolschewismus und dem hinter diesem stehenden internationalen Judentum drohe und würdigte dabei den Kampf des deutschen Volkes, das die Hauptlast im europäischen Verteidigungskampf trage. Als wichtigste vom Thing zu behandelnde Themen nannte er die Errichtung einer staatlichen Musikakademie und einer staatlichen Sprachakademie, die Organisierung und Arbeitsordnung des Kulturthings sowie die Organisierung des Pressewesens. Schliesslich gab Fuglesang einen Rechenschaftsbericht über Aufgaben, die vom Kulturdepartement gelöst oder deren Lösung doch in den letzten Jahren aufgegriffen worden seien.

Der Plan des Organisationsausschusses sieht im Kulturthing mit seinen Unterorganisationen ein Glied in der künftigen norwegischen Staatsverfassung. Es werde in dieser Funktion einem Naeringsting gleichgeordnet sein. Der Ausschuss schlägt vor, dass sich das Kulturthing aus den Leitern der verschiedenen Berufsorganisationen zusammensetzt, die den einzelnen Organisationen des Kulturlebens organisatorisch unmittelbar übergeordnet sind. Folgende 11 Hauptverbände sollen die im Kulturleben beruflich Tätigen umfassen:

1.)

- 1.) Architektenverband.
- 2.) Verband für bildende Kunst.
- 3.) Filmverband.
- 4.) Verband für Kirche und Verkündigung.
- 5.) Rundfunkverband.
- 6.) Literaturverband.
- 7.) Musikverband.
- 8.) Presseverband.
- 9.) Theaterverband.
- 10.) Unterrichtsverband.
- 11.) Verband für Wissenschaft und Forschung.

Zu diesen soll ein weiterer vom Departement geplanter Verband für norwegische Volkskunst treten. Die Verbände sind Zusammenschlüsse von Landesvereinen, die jeweils ihre Leiter sowie einen g e w ä h l t e n Sprecher in das Thing entsenden sollen.

Während das Kulturthing mit seinen etwa 150 Mitgliedern in der Regel einmal im Jahre zusammentreten soll, würde aus den Verbandsführern und weiteren auf Vorschlag des Kulturthings vom Kulturdepartement zu ernennenden Mitgliedern ein ständiger Arbeitsausschuss zu bilden sein, der als Kultur-rat bezeichnet werden soll. Er soll nicht mehr als 20 Mitglieder umfassen und soll im übrigen auch die Funktionen des jetzigen Kulturrates mit übernehmen.

Bemerkenswert, da für das politische Denken der Urheber dieses Planes bezeichnend, ist der Vorschlag, den Präsidenten des Things "in Übereinstimmung mit dem Verantwortungs- und Führerprinzip" alle Massnahmen im Namen des Things oder des Rates zwar selbst treffen zu lassen, hierbei aber einige wesentliche Ausnahmen festzulegen. Geheime, schriftliche Abstimmung soll vorgenommen werden, wenn Ministerpräsident oder Kulturthings-Präsident dies verlangen. Weiter soll jedes Jahr durch das Thing darüber abgestimmt werden, ob der Präsident das Vertrauen des Things besitzt. Als angeblich "notwendiges Korrektiv" soll schliesslich die Regel

gelten,

gelten, dass ein Fünftel der anwesenden Mitglieder geheime schriftliche Abstimmung darüber verlangen kann, ob ein Entschluss des Präsidenten zur endgültigen Entscheidung an den Ministerpräsidenten gehen soll.

Die Vorschläge des Ausschusses für die Errichtung einer norwegischen Sprachakademie, die von Redakteur T.D. Laurantz vorgetragen und von Minister Fuglesang anschliessend als Grundlage für die weitere Bearbeitung dieser Frage durch das Departement erklärt wurden, sehen die Akademie als eine Institution vor, in die der Ministerpräsident bis zu insgesamt 20 Anhänger beider Sprachrichtungen im gleichen Zahlenverhältnis beruft. Ihre Aufgabe soll sein, "eine natürliche und lebensfähige Verschmelzung der beiden Sprachformen" zu finden und die Entwicklung der Sprache zu kontrollieren und zu regulieren. Einer Reihe von kulturellen Institutionen und Organisationen, die selbst in der Sprachakademie nicht vertreten sind, wird das Recht eingeräumt, sich in Sprachfragen mit Vorschlägen an die Akademie zu wenden.

Die Arbeitsergebnisse des Ausschusses, dem die Bearbeitung der Frage einer staatlichen Musikakademie übertragen worden war, wurden dem Kulturthing durch Karl Aagaard Östvig vorgelegt. Es wurde vorgeschlagen, zunächst den Beschluss des Ministerpräsidenten zur Gründung einer Musikakademie überhaupt herbeizuführen und sodann ein zentrales administratives Organ auszubauen, zu dessen wichtigsten Aufgaben die Errichtung einer höheren Unterrichtsanstalt für Musik gehört.

Im Verlaufe der Tagung kam es zwischen Teilnehmern wiederholt zu Diskussionen über die Zweckmässigkeit, unter den augenblicklichen Umständen ein Kulturthing überhaupt durchzuführen, zumal ja nur ein geringer Teil wirklich tüchtiger Vertreter des kulturellen Lebens in den Reihen der NS stehe. In diesem Zusammenhang wurde erneut bemängelt, dass Fuglesang als Parteiminister zugleich auch das Kulturdepartement leite. Neben Fuglesang wurde insbesondere Klevenberg heftig kritisiert. Beide würden eine wirkliche geistige Auseinandersetzung, die die

Voraussetzung zur Sammlung aller positiven Kräfte sei, immer wieder verhindern und statt dessen mit Machtmitteln zu kommandieren versuchen.

Ein verhältnismässig grosser Teil der Teilnehmer liess im Verlaufe der Tagung mehr und mehr eine betonte Deutschfreundlichkeit und Ablehnung Minister Fuglesangs erkennen. Bei verschiedenen Teilnehmern zeigte sich das Bestreben, ^{агустсааусров} alle von Fuglesang verfolgten Leute zu sammeln und künftige Gegenangriffe vorzubereiten. Es wurde kritisch vermerkt, dass Fuglesang weder in seiner Eröffnungsrede noch beim feierlichen Abschluss des Kulturthings des Führers gedacht hat. Dagegen machte Bischof L o t h e im Rahmen einer Feierlichkeit im Dom u.a. folgende wörtlichen Ausführungen:

"Da es das erste Mal nach dem schändlichen Anschlag auf Deutschlands Führer Adolf Hitler ist, dass ich im Dom spreche, erwähne ich seinen Namen. Ich danke Gott, dass er an der Spitze des Heeres steht, das uns vor der Vernichtung durch den Bolschewismus rettet."

Während die meisten Teilnehmer von der Rede des Bischofs Lothe tief ergriffen waren und sich in positiven Worten hierzu äusserten, liess Minister Fuglesang in Bezug auf die in dem Zitat wiedergegebenen Ausführungen Lothes diesem verstehen, dass die Kirche nicht der rechte Ort für politische Meinungen sei und dass Lothe die Verantwortung für das Geschehene selbst übernehmen müsse. Nach der Veranstaltung erschien der staatliche Presseleiter Repvik - offenbar auf Weisung Fuglesangs - auf der Redaktion von "Adresseavisen" und verlangte bei der Pressewiedergabe die Auslassung der fraglichen Sätze. Erst nachdem durch die deutsche Sicherheitspolizei und die Presseabteilung der Dienststelle des RK. entsprechende Anweisung gegeben worden war, konnte die Zeitung mit dem vorgegebenen Text herauskommen.

Wie üblich,

Wie üblich, wurde auf der Abschlussfeier des Kulturthings der staatliche Kulturpreis vergeben. Er fiel in diesem Jahr nicht einem Kulturschaffenden, sondern einem Heimatverein, nämlich Lom Heimbygdslag, zu. Die Wahl soll eine Anerkennung für die Verdienste sein, die die Heimatvereine für die Bewahrung der norwegischen Bauernkultur haben. Im engeren soll die Auszeichnung des Lom Heimbygds- lag zugleich dem verstorbenen Dichter Olav Aukrust gelten, der zur Stiftung dieses Vereins in besonderem Masse beigetragen hat.

Presse.

Im Rahmen der vom Kulturthing 1944 behandelten Fragen nahm die Organisation des Pressewesens eine besondere Rolle ein, da der für ihre Bearbeitung im vorigen Jahr eingesetzte Ausschuss für dieses Gebiet einen ins Einzelne gehenden Organisationsplan vorgelegt hat, der entsprechend den Vorschlägen für die anderen kulturellen Sektoren als Teil des gesamten Organisationsplanes in diesen eingefügt werden soll. Sowohl für die Gesamtorganisation des Pressesektors als auch für einzelne Unterorganisationen wurden zugleich entsprechende Satzungsvorschläge gemacht, bei deren Ausarbeitung der Leiter der Gesetzesabteilung im Justizdepartement, Expeditionschef H a s l e , als juristischer Berater beteiligt war, der auch als Sekretär des Organisationsausschusses fungiert hat.

Nach diesen Vorschlägen soll "der Teil des Kulturlebens, der die Tagespresse, die Zeitschriften und Wochenblätter umfasst", in Norwegens Presseverband (Norsk Pressesamband) organisiert werden. Dieser Gemeinschaftsverband umfasst "Landesvereinigungen" für 1. Zeitungsredakteure, 2. Journalisten, 3. Pressefotografen und Pressezeichner, 4. Zeitschriftenmitarbeiter, 5. Zeitungen, 6. Zeitschriften, 7. Wochenblätter, 8. Pressebüros.

Der Präsident des Verbandes soll vom Kultur- und Volksaufklärungsdepartement nach Vorschlag eines "Verbandsrates" und des Kulturthings ernannt werden. Ähnlich wie im Organisationsplan des Kulturthings insgesamt, ist auch hier einmal im Jahre eine geheime schriftliche Abstimmung darüber vorgesehen, ob der Präsident das Vertrauen des Rates hat. Auch die Zusammensetzung eines Arbeitsausschusses für die tägliche Arbeit des Verbandes soll durch geheime schriftliche Abstimmung festgesetzt werden. In gleicher Weise sollen bei den genannten Unterorganisationen in bestimmten Fällen geheime Wahlen und geheime Abstimmungen vorgenommen werden.

Nahezu

Nahezu sensationell wirkten die Ausführungen im Vorschlag des Presseausschusses, die über das Eigentumsrecht an Pressebetrieben gemacht wurden. Es wird darin festgestellt, dass die Zeitungen keinen Privatinteressen dienen dürfen. Sie dürfen deshalb weder im Besitz von Privatpersonen noch von Aktiengesellschaften sein. Andererseits dürften sie auch nicht vom Staate nationalisiert werden, da dann die private Initiative verloren ginge. Es wird deshalb von dem Ausschuss vorgeschlagen, die Pressebetriebe zu "sich selbst besitzenden Betrieben, d.h. Stiftungen" zu entwickeln. Dieses solle so geschehen, dass die Aktionäre in Pressebetrieben ausgeschaltet würden, sofern es sich um die fachliche und wirtschaftliche Leitung des Betriebes handle, während sie ein gewisses Recht auf eine nach oben begrenzte Ausbeute behalten sollen. Nicht verwendete Überschüsse sollen von der Direktion zum Kauf von eigenen Aktien verwendet werden können, wodurch "ein gesundes Presseunternehmen sein Aktienkapital im Laufe von 10 bis 20 Jahren amortisiert" haben könne. Ein ähnliches Verfahren müsse bei Pressebetrieben in Privatbesitz angewandt werden, wie auch Telegramm- und Pressebüros nach Möglichkeit "sich selbst besitzende Betriebe" werden sollen. Auch Betriebe wie Zeitungen, Druckereien, Kioks-Gesellschaften, Blattzentralen und Firmen für Rundfunknachrichten sollen nach diesen Vorschlägen Eigentum der Presse sein. Von einer Reihe von Kulturthings-Mitgliedern wurde insbesondere dieser Punkt der von v. G l a s e n a p p gemachten Ausführungen heftig kritisiert und zum Teil als utopisch und gefährlich bezeichnet. Ein weiterer bemerkenswerter Zug, der von dem Arbeitsausschuss für die Organisierung des Pressewesens gemachten Vorschläge ist in dem Bemühen zu sehen, das staatliche Pressedirektorat in seinen Befugnissen und Funktionen weitestgehend einzuschränken und diese statt dessen den Organisationen der Presse selbst zu übertragen. Auch hier setzte bereits auf der Tagung eine scharfe Kritik, insbesondere seitens der Vertreter der staatlichen Presseführung ein. Der Ausschuss wurde beauftragt, die von ihm gemachten Vorschläge unter Berücksichtigung einiger Änderungen zur Grundlage der Ausarbeitung von Vorschlägen für ein Pressegesetz zu nehmen.

c) Verwaltung und RechtNorwegisches Rotes Kreuz.

Das norwegische Rote Kreuz warb im Laufe dieses Jahres über 3000 neue Mitglieder und erreichte damit einen Mitgliederbestand von mehr als 50.000 Personen, der allerdings im Vergleich z.B. zum schwedischen Roten Kreuz, welches über 300.000 Mitglieder zählt, gering erscheint. Das Hilfskorps des norwegischen Roten Kreuzes, das als Sanitätsmannschaften in den norwegischen zivilen Luftschutz eingegliedert ist, aber dadurch seine Zugehörigkeit zum Roten Kreuz nicht verloren hat, umfasst z.Zt. etwa 3300 Mitglieder.

Unter den für Norwegen tätigen Hilfsorganisationen (schwedische Norwegenhilfe, Norwegenhilfe des Damenkomitées Kopenhagen, norwegische Nationalhilfe, norwegisches Rotes Kreuz, Inneren-Mission, Sanitätsvereinigung norwegischer Frauen, Heilsarmee, NSH, Blaues Kreuz) steht das norwegische Rote Kreuz hinsichtlich der aus eigenen Mitteln bestreitenen Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln an dritter Stelle, nämlich hinter der schwedischen Norwegenhilfe und der Norwegenhilfe des Damenkomitées Kopenhagen. (Vgl. dazu "Meldungen aus Norwegen" Nr. 69, Seite 32 ff. und Nr. 70, Seite 44 ff.).

Das norwegische Rote Kreuz beschaffte in diesem Jahr bisher folgende Waren, die bereits verteilt sind, oder noch verteilt werden sollen:

- a) Gerste, Haferflocken, Käse, Malzsirup und Trockenmilch aus Dänemark.
Ende Juni wurden Käufe für 60.000 Kronen getätigt.
- b) 40.000 Eier aus Dänemark. Sie wurden kurz nach Ostern bezogen und nach Angaben des norwegischen Roten Kreuzes auf Grund ärztlicher Atteste an schwangere und stillende Frauen in Gross-Oslo verteilt.

- c) 17 t Speck. Dieser wurde ebenfalls aus Dänemark geliefert. 7 t sind angeblich bereits an arme Kinder verteilt worden, während 10 t für den Winter in Reserve behalten werden sollen.
- d) 500 Lebensmittelpakete aus Dänemark für Tuberkulose und Rekonvaleszenten.
- e) 500 Kisten Apfelsinen sowie 4 t Mandeln und Rosinen aus Spanien für Kinder und Krankenhäuser,
- f) 36 Kisten Fleischkeks vom internationalen Roten Kreuz in Genf für Kinder. Grössere Lebensmittelsendungen des internationalen Roten Kreuzes (Käse, Marmelade, Fleischhermetik, Trockengemüse, Kraftbrühe) werden noch erwartet.

Das norwegische Rote Kreuz besitzt z.Zt. 5 Kliniken, 6 Tagheime für Kinder, 2 Krankenbaracken, 1 vom dänischen Roten Kreuz geliehenes Lazarett sowie den Kurort Modum mit 2 Krankenhäusern. Aus eigenen Mitteln bespeist das norwegische Rote Kreuz etwa 13.000 Kinder. Es vermittelt ferner, vor allem im Westland, die Verschickung von Ferienkindern. Im westlichen Norwegen entfaltet das norwegische Rote Kreuz eine besonders rege Tätigkeit. Anlässlich des Explosionsunglückes in Bergen am 20. April 1944 übernahm es mit Mitteln, die ihm meist von dritter Seite, insbesondere von der schwedischen Norwegenhilfe zur Verfügung gestellt wurden, die Bespeisung der Geschädigten. Wie dazu aus Bergen berichtet wird, haben sich Beanstandungen nicht ergeben. Auch die Tätigkeit des Hilfskorps von Bergen und Umgebung, das bei den Lösch-, Rettungs- und Aufräumarbeiten eingesetzt war, hat keinerlei Anlass zu Klagen gegeben. Das norwegische Rote Kreuz hat sich ausdrücklich bereit erklärt, seine Krankenhäuser, Ärzte und andere Mittel für norwegische Frontkämpfer zur Verfügung zu stellen, wenn dies nötig erscheint.

In einer

In einer Erklärung gegenüber dem Wehrmacht befehlshaber in Norwegen hat der Präsident des norwegischen Roten Kreuzes, Direktor Heyerdahl, im Falle von Kampfhandlungen in Norwegen für das norwegische Rote Kreuz, einschliesslich des Hilfskorps, die gleichen Grundsätze anerkannt, wie sie für das französische und belgische Rote Kreuz bereits aufgestellt worden sind.

- 1.) Die Rot-Kreuz-Bereitschaften dienen in erster Linie der Versorgung der Zivilbevölkerung.
- 2.) Bei Kampfhandlungen leisten die Angehörigen des Roten Kreuzes erste Hilfe bei Freund und Feind und melden sofort der nächsten deutschen Wehrmachtsdienststelle.
- 3.) Sondereinsatz des Roten Kreuzes für besondere Zwecke bleibt der Einzelvereinbarung zwischen der Wehrmacht und dem Roten Kreuz vorbehalten.

Präsident Heyerdahl betonte dazu, daß das norwegische Rote Kreuz im Jahre 1940 über 6 000 kranke oder verwundete deutsche Soldaten verpflegt habe und er durchaus die Überzeugung besitze, sich im entscheidenden Augenblick beim norwegischen Roten Kreuz, insbesondere beim Hilfskorps, durchsetzen zu können. Demgegenüber bleibt die Tatsache bestehen, daß dem norwegischen Roten Kreuz, insbesondere auch im Hilfskorps, zum großen Teil gegnerische Elemente angehören.

d) WirtschaftErnährung und Landwirtschaft

Bedingt durch das kühle Wetter in den Frühjahrsmonaten, das bis Ende Juli anhielt, kam das erste Frühjahrgemüse erst drei Wochen später auf den Markt, als es bei normaler Witterung der Fall gewesen wäre.

Die bekannten Schwierigkeiten in der Versorgung mit Kartoffeln, führten, im Zusammenhang mit dem verspäteten Beginn der Frühgemüseernte, zu Klagen der Bevölkerung über Ernährungsschwierigkeiten.

In hier vorliegenden Berichten aus Nordnorwegen wird darüber geklagt, dass beispielsweise im Monat Juni Gemüse überhaupt nicht erhältlich gewesen sei. Lediglich die Stadtbevölkerung habe im Berichtsmonat eine halbe Dose Birnen pro Person erhalten. Dazu wird von Fachseite erklärt, dass oft versucht worden sei, Frischgemüse aus Südnorwegen nach Nordnorwegen zu transportieren. Infolge der langen Transportdauer wären aber sämtliche Sendungen verdorben angekommen, so dass man von weiteren Sendungen Abstand genommen hätte.

Drontheim berichtet, dass Schwarzkäufe deutscher Wehrmächtsdien-Estellen die Gemüseversorgung wesentlich beeinträchtigen. So würde der etwa 50 km nördlich von Drontheim gelegene Bezirk "Frosta", bei dem es sich um ein ausgesprochenes Gemüseland handele, fast restlos von der Wehrmacht schwarz eingekauft. Von einer Gesamternte dieses Gebietes von ungefähr 30 000 Kilo Rhabarber seien bisher nur knapp 3 000 Kilo der Verteilungszentrale zugeführt, während der Rest auf dem schwarzen Markt zu stark überhöhten Preisen umgesetzt wurde.

Die Zuckerversorgung war im Monat Juli sehr angespannt, so dass die Verbraucher zum allergrößten Teil die ihnen zustehenden Rationen für die letzten zwei bis drei Juliwochen nicht mehr im vollen Umfang beziehen konnten.

Die Vollmilchablieferung ist im Vergleich zu den gleichen Monaten des Vorjahres um etwa 10 % abgesunken. Der Rückgang

ist zunächst

ist zunächst auf Mangel an ausreichendem Eiweißfutter zurückzuführen. In bestimmten Gebieten des Landes führten aber auch die starken Anforderungen von Schlachtvieh seitens der Wehrmacht zum Abschachten von Milchkühen. In anderen Gegenden war es wiederum der Arbeitskräftemangel, der sich besonders nachteilig auf die Viehhaltung und Milcherzeugung auswirkte. So wurde hier u.a. ein Fall aus Tromsø bekannt, wo ein Bauer im Juni 1940 vierzig Kühe, davon 29 Milchkühe, einen Ochsen, ein Pferd und 20 Schafe besass. Aus Mangel an Arbeitskräften sah sich der Bauer gezwungen, im Herbst 1943 seinen Viehbestand bis auf 6 Kühe, 1 Pferd und 20 Schafe zu verringern.

V e r k e h rMineralöl- und Treibstoffbewirtschaftung.

Ab 1. August wurden verschärfte Bestimmungen für den norw. Kraftfahrzeugverkehr und die Treibstoffbewirtschaftung erlassen. Über die Auswirkungen der neuen Massnahmen liegen noch keine Meldungen und Stellungnahmen vor. Aus Bergen wird jedoch in einem Bericht auf die bisher immer noch grosszügige Kraftstoffzuteilung hingewiesen. Nach dem Explosionsunglück sei dem Bezirk Bergen eine Menge Benzin zugeteilt worden, die viel zu hoch gewesen sei. Bergen habe 15000 Liter Benzin und als Ersatz für die ausgefallene Karbidzuteilung weitere 40 000 Liter Benzin und Hordaland 6 000 Liter Benzin, 1 400 Liter Solaröl für die landwirtschaftlichen Betriebe, 3 000 Liter Benzin als Sonderzuteilung für Holztransporte und 1 000 Liter Benzin als zweite Sonderzuteilung für ausgefallenen Karbid zugeteilt erhalten. Alle diese Zuteilungen seien ohne Wissen des Transportsachverständigen bei der RK-Dienststelle Bergen vorgenommen worden. Seiner Ansicht nach wären 1 500 Liter Benzin für den Katastrophendienst und 10 000 Liter als Karbidersatz ausreichend gewesen.

Treibstoffverluste.

Durch das fahrlässige Verhalten eines deutschen Tankwartes (wurde festgenommen und dem Luftwaffenkriegsgericht überstellt), gerieten in Skarholmen (Flugplatz Herkla) an Bord des norw. Frachtbootes "Oestover" 16 000 Liter Fliegerbenzin in Brand. Das Boot wurde völlig vernichtet.

Dass die gegnerischen Organisationen die schwierige Treibstofflage durch Sabotageanschläge weiter zu verschärfen suchen, ist aus den im Teil "Gegner" aufgeführten Fällen ersichtlich. Durch die Anschläge auf 3 Tankstellen der norw. Strassenbauverwaltung und der OT und durch den Anschlag auf ein Wehrmachtstanklager in Fagernes, wurden in letzter Zeit insgesamt 130 602 Liter Benzin vernichtet.

Steigender Ausfall von Schiffspersonal - Einschränkung der Motorschiffahrt auf Grund der schwierigen Treibstofflage.

Der Mangel an Schiffspersonal nimmt weiterhin zu. Aus Bergen wird berichtet, dass zeitweise mehrere Schiffe im Hafen liegen und nicht termingemäss auslaufen könnten, weil ein Teil der Mannschaften aus verschiedenen Gründen ausgefallen sei und Ersatz nicht sofort beschafft werden könne. Die norwegischen Schiffsreeder erklärten, dass der Personalmangel auf die wachsende Unlust der Norweger, im Kriege auf See zu fahren, zurückzuführen sei. Bis vor einem Jahr hätten die auf deutschen Baustellen gezahlten hohen Löhne die Seelute angelockt. Dieser Grund sei zwar jetzt durch die Neuregelung der Bauarbeiterlöhne weggefallen, trotzdem aber würden sich keine Seelute freiwillig zurückmelden, weil die Gefahren auf See gestiegen seien. Eine norwegische Schiffsbesatzung, die einen der letzten Luftangriffe auf Hamburg erlebte, habe sich geschlossen geweigert, noch eine weitere Fahrt nach Deutschland anzutreten.

Die Fahndungen der Arbeitskontore nach berufsfremd tätigen Seeluten hatten wenig Erfolg, da erstens keine Unterlagen zur restlosen Erfassung vorhanden sind und ausserdem die deutschen Bauleitungen der Entziehung dort beschäftigter Seeleute Schwierigkeiten bereiteten, in dem Bestreben, jede Arbeitskraft zu halten.

Gleich schwierig sind auch die Verhältnisse im Lotsenwesen. Von den ca. 80 Lotsen, die in Bergen tätig sind, arbeiten heute nur noch etwa 30 regelmässig. Die anderen müssen praktisch zu jeder Fahrt gezwungen werden. Sie meldeten sich nicht zurück oder schützten Krankheit vor. Auch hier dürfte bei einigen Lotsen das Gefahrenmoment bzw. ihre politische Gegnerschaft ausschlaggebend für ihre Haltung sein.

Allgemein wird berichtet, dass der bisher in der Hauptsache bestehende Mangel an Maschinisten sich in letzter Zeit immer mehr auch auf die Schiffsheizer ausdehne.

Industrie - Auftragsverlagerung

Der Erlass des Führers über den verstärkten totalen Kriegseinsatz lässt das Problem der Auftragsverlagerung für die norwegische Industrie wieder mehr als früher in Erscheinung treten. Wenn auch zu einem geringen Teil bereits Auftragsverlagerungen durchgeführt worden sind (Möbelindustrie, Keramik- und Glasindustrie, Glühlampen, Radiogeräte und Fahrradindustrie, Vergebung von Druckaufträgen), so sind grosse Verlagerungsmöglichkeiten für Halb- und Fertigfabrikate in der norwegischen Wirtschaft noch reichlich vorhanden. Dies trifft vor allem für folgende Industriezweige zu:

Werkzeugmaschinenfabriken
 Blechemballagefabriken
 Fahrradfabriken
 Drahtstifte- und Netzwerke
 Blech- und Röhrenwerke
 Metallverarbeitungsbetriebe
 Radioindustrie
 Glühlampenfabriken
 Gold- und Silberwarenindustrie
 (kann durch entsprechende Schulung
 der Arbeitskräfte, ähnlich wie im Reich, auf
 andere kriegswichtige Erzeugnisse umgestellt
 werden)
 Lack- und Farbenindustrie
 Kautschuk-Industrie (nur teilweise)
 Textilindustrie
 Industrie der Steine und Erden
 Holzverarbeitungsindustrie.

Bei Überprüfung der Fabrikationsmethoden durch deutsche Fachkräfte und unter Anlegung schärfsten Masstabes bei der Auslieferung von Maschinen an norwegische Produzenten, könnten noch weitere Kapazitäten für deutsche Aufträge freigemacht werden. Ausserdem wären durch Hilfeleistung deutscher Fachingenieure Umstellungsmöglichkeiten verschiedener Industrien auf kriegswichtige Fertigung in beträchtlichem Umfange gegeben.

Die gesamte Industrie ist jedoch bei einer gesteigerten

Auftragsverlagerung

C

Auftragsverlagerung auf die Zulieferung von Rohstoffen, Materialien und Einzelteilen sowie Kohle angewiesen. Im übrigen müßten bei Vergebung von Aufträgen an die Industrie dieser die erforderlichen Arbeitskräfte zugeführt werden.

Trotz der bestehenden Schwierigkeiten bei der Beschaffung von ~~anorganischen Rohstoffen~~ ^{anorganischen Rohstoffen} haben allgemein die bisher gemachten Erfahrungen gezeigt, daß die norwegische Industrie nicht abgeneigt ist, Lieferungsaufträge für das Reich entgegen zu nehmen.

anorganischen Rohstoffen



FinanzwirtschaftWeitere Bemühungen des Finanzministers P r y t z zur Durchsetzung des Gesetzes betreffend die Leitung von Spar- und Aktienbanken.

Die bereits in den "Meldungen aus Norwegen" Nr. 70 angedeuteten Versuche des Ministers Prytz, auf die Besetzung der Direktorenstellen bei Spar- und Aktienbanken mit Hilfe eines vom Departement ausgearbeiteten Gesetzes einen größeren Einfluß zu gewinnen, wurden weiter intensiviert. Minister Prytz hat seine Stellungnahme zu dieser Frage nochmals in einem Promemoria zusammengefaßt, das er in einer Ministersitzung am 6.7.44 sämtlichen anwesenden Ministern zur Kenntnis brachte und das er auch dem Reichskommissariat zuleitete. Prytz machte in diesem Promemoria Ausführungen, die nicht den Tatsachen entsprechen. Die Umstände, die für die dringende Notwendigkeit seines Gesetzes sprechen sollen, werden in einer wenig objektiven Weise einseitig dargestellt. So wird behauptet, daß ihm die Durchsetzung der letzten Anleihe (s. Meldungen aus Norwegen Nr. 70) nur mit Hilfe der Einschaltung der deutschen Sicherheitspolizei und der norwegischen Staatspolizei gelungen sei. In Wirklichkeit wurden bekanntlich seine diesbezüglichen Bemühungen, da sie als unzweckmäßig angesehen werden mußten, gerade verhindert. Minister Prytz ist es jedenfalls gelungen, in der Ministersitzung vom 6.7. die Zustimmung sämtlicher Minister für die augenblickliche Durchführung des Gesetzes zu erlangen. Dazu ist bemerkenswert, daß die Angelegenheit in der Sitzung behandelt wurde, obwohl von Seiten des Reichskommissariates in einem Schreiben vom 5.7. gebeten worden war, in dieser Angelegenheit vorläufig nichts zu unternehmen. Offensichtlich im vollen Bewußtsein dieser Tatsache ging Prytz in einem weiteren Schreiben an den Reichskommissar vom 7.6.44 in der Form darauf ein, daß er erwähnt, daß er das Schreiben

vom

5.6. erst kurz vor der Sitzung erhalten habe. Da die Annahme des Gesetzentwurfes zur Behandlung bei der Ministersitzung vorgesehen gewesen sei, habe er es für richtig gehalten, die Sache vorzutragen und gleichzeitig auf das am gleichen Tage empfangene Schreiben des Herrn Reichskommissars (mit der Bitte, vorläufig nichts zu unternehmen) aufmerksam zu machen.

Die endgültige Entscheidung wurde allerdings verschoben, nachdem sich jedoch sämtliche Minister für das Gesetz ausgesprochen hatten.

Versicherungswesen

Hinsichtlich der bereits in den "Meldungen aus Norwegen" Nr. 70 berichteten Schwierigkeiten auf dem Gebiete des Versicherungswesens ist zu sagen, daß die von Seiten des Versicherungsverbandes beabsichtigten Pfändungen nunmehr durchgeführt wurden. 38 Gesellschaften haben es auf den erwarteten Schritt der Herbeiführung einer gerichtlichen Entscheidung ankommen lassen. Die Angelegenheit wird also demnächst vor dem Stadtgericht in Oslo behandelt werden. Aus den übrigen Gebieten Norwegens sind in der Zwischenzeit von kleinen Gesellschaften noch laufend Beiträge eingegangen.

Die Landeshauptstadt Oslo ist also auch hier wiederum das Widerstandszentrum. Im übrigen konnte festgestellt werden, daß die Versicherungsgesellschaften sich bei ihren Weigerungen, die Kontingente zu zahlen, im wesentlichen an die in einer im Juni verbreiteten illegalen Flugschrift enthaltenen gegnerischen Anweisungen gehalten haben. Das Flugblatt beschäftigt sich an sich mit der Frage der Beitragszahlung für den Industrieverband, hat aber, wie die Erfahrung zeigte, auch für die anderen Gruppen des Naeringssambandes Bedeutung. Es legt die gegen die Beitrags-

forderung

forderung erhobenen Einwände dar und ist darüber hinaus aber auch als Ausdruck der derzeitigen Gegnerstimmung bedeutsam. Im einzelnen heißt es in dem betreffenden Flugblatt:

"Gegenüber der Kontingentforderung 1944 kann man sich nur auf zwei Arten verhalten:

- 1) Die Forderung wird unbeantwortet zur Seite gelegt.
- 2) Es wird schriftlich protestiert, und wenn der Verband gegenüber dem Protest nicht nachgibt, wird der Betrag im weiteren Verlauf bei der Norges Bank deponiert in Erwartung des Resultates eines Prozesses von Seiten des Verbandes.

In verschiedenen Protesten gegen die Beitragsforderung für 1943 konnten dem Verband Fehler hinsichtlich der Begründung seines Forderungsanspruchs nachgewiesen werden. Es wurde festgestellt, daß die Berechnungsart und die Höhe des Betrages die Ausschreibung in Wirklichkeit als eine Steuer charakterisierte, die als solche formell einen Steuerbeschuß erfordert hätte. Darüber hinaus wurde auf geltende Preisbestimmungen hingewiesen usw. Jedenfalls stand die Forderung damals wie heute im Gegensatz zu den eigenen Beschlüssen des neugeordneten Verbandes. In den §§ 10a und 16 wird nämlich bestimmt, daß die Festsetzung des Kontingents in allen Fällen in der Ratsversammlung erörtert werden und die Berechnungsgrundlage nach Vorschlag vom Zentralverband festgesetzt werden soll. Einen Rat hatte der Verband weder damals noch heute und bis zum heutigen Tage haben 10 von den 13 Zentralverbänden nicht einmal Vorsitzende, dem eigenen Blatt des Verbandes "Norges Industri" zufolge.

Für keinen einzigen norwegischen Betrieb liegt heute - mehr wie früher - ein Grund vor, sich durch Drohungen einschüchtern zu lassen. Diejenigen, welche der zweiten Alternative folgen wollen, werden an die generellen und speziellen Argumente, die oben genannt sind, verwiesen - vielleicht werden bei einzelnen Fällen auch andere gebraucht werden können.

Es ist eine absolute Forderung, daß alle national eingestellten Industriebetriebe jetzt eine feste Haltung zeigen. Wir waren gerade Zeugen des mutigen und opferwilligen Auftretens der Jugend in Verbindung mit dem "Nationalen Arbeitseinsatz". Man hat das Recht, eine gleich starke Haltung von den verantwortlichen Leitern unserer Betriebe zu erwarten, die im Zuge ihrer Stellung gewöhnt sind, bestimmte Standpunkte einzunehmen, vertreten und behaupten zu müssen.

Arbeit und Sozialwesen

Arbeitseinsatz

Die Bereitstellung von Arbeitskräften, selbst für die kriegswichtigen Aufgaben der ersten Dringlichkeitsstufe, bereitet nach wie vor die grössten Schwierigkeiten. Zur Zeit besteht für Bergbaubetriebe, Holz-, Aluminium- und Nickelwerke, für den Schiffbau, für Frontreparaturbetriebe der Luftwaffe (Reparatur von Flugzeugmotoren), für die Waffenfabrik in Kongsvinger, für Kraftfahrzeugbetriebe der Wehrmacht, für Artilleriewaffenkommandos und Umschlagstäbe (Sicherstellung des Munitionsnachschubs), für das Marineoberkommando (Aufarbeitung schwerer Artilleriemunition), für Reparaturen von Lokomotiven und für die Transportkommandantur Oslo (Betriebs-sicherung gegen Sabotage) ein Bedarf von 4 120 Arbeitskräften, wozu noch 2 500 Arbeitskräfte kommen, die von der OT vordringlich benötigt werden.

Der Grund für den Mangel an erforderlichen Arbeitskräften ist einmal darin zu suchen, dass den norwegischen Arbeitsämtern die nötigen Unterlagen (Berufs- und Personenkartei) zur Dienstverpflichtung von Personen fehlen, die nicht in kriegs- bzw. lebenswichtigen Betrieben eingesetzt sind oder keiner geregelten Arbeit nachgehen und zum anderen darin, dass den Dienstverpflichtungsbescheiden der Arbeitsämter und den Aufforderungen, zur ärztlichen Untersuchung zu erscheinen, im überwiegenden Masse nicht Folge geleistet wird.

Der Reichsbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz, Astrup, hat mit dem Leiter der Norwegischen Sicherheitspolizei nunmehr ein Abkommen geschlossen, wonach die Arbeitsämter jede Person, die der Dienstverpflichtung des Arbeitsamtes bzw. der Aufforderung, zur ärztlichen Untersuchung zu erscheinen, nicht Folge leistet, der nächsten Polizeibehörde zu melden haben, die dann den Betreffenden dem Arbeitskontor vorführt oder direkt zum Arbeitsplatz befördert.

Es bleibt

Es bleibt abzuwarten, ob die norwegische Polizei personell dieser Aufgabe gewachsen ist. Zweifellos bietet ein Teil der Beamten der norwegischen Ordnungspolizei politisch nicht die Gewähr für eine ordnungsgemäße Behandlung derartiger Fälle.

Einsatz von Norwegern bei der "Legion Speer" (NSKK)

In letzter Zeit sind in erhöhtem Masse Norweger, die der "Legion Speer" des NSKK angehören, vertragsbrüchig geworden und haben ihre Arbeitsstellen unrechtmässig verlassen. Als Grund hierfür wird von norwegischen "Legionären" angeführt, dass sie Uniform tragen müssten und kaserniert untergebracht seien. Bei der Anwerbung habe man sie hierauf nicht hingewiesen und in den Werbebroschüren würde das NSKK eine zivile Transportorganisation bezeichnet. Die meisten Legionäre hätten nichts dagegen einzuwenden, wenn während der Ausbildung Uniform getragen werde, da sie während dieser Zeit kaum mit der Aussenwelt in Berührung kämen. In den Einsatzorten würden sie jedoch mit anderen Norwegern zusammenkommen und von diesen wegen ihrer Uniform als Nazisten bezeichnet und zum Teil beschimpft werden. Hierzu wird bemerkt, dass ein grosser Teil der Legionäre gegnerisch eingestellt ist.

Aus Bergen wird berichtet, dass sich unter den freiwillig angeworbenen norwegischen Legionären mehrere unsaubere Elemente befänden, die durch ihre Meldung zum NSKK hofften, einem Strafverfahren zu entgehen. Ein Legionär, der NS-Mitglied ist, erklärte, dass es für ihn keine Ehre sei, in der Uniform einer Organisation herumzulaufen, die den Namen eines deutschen Ministers trage, da ihre Träger in der Öffentlichkeit wegen ihres Auftretens unrühmlich bekannt seien.

Fachliche Landesorganisation

Fachliche Landesorganisation

In den Fachzeitschriften der Fachlichen Landesorganisation wurde wiederholt darauf aufmerksam gemacht, dass Arbeiter durch Nichtbezahlen ihrer Beiträge zur Fachlichen Landesorganisation ihre Rechte in bezug auf Unterstützung und Altersversorgung verlieren würden. Dieser Hinweis hat bisher keinen Erfolg gehabt. Die Zahl der nichtzahlenden Mitglieder ist sogar in letzter Zeit noch gestiegen. Wie aus Oslo berichtet wird, weigern sich auch im Eisen- und Metallarbeiterverband immer mehr Mitglieder, ihre Beiträge zu zahlen, während bis vor kurzem in diesem Verband diesbezügliche Feststellungen nicht getroffen wurden.

Der Grund für das Nichtzahlen der Mitgliedsbeiträge ist darin zu suchen, dass in illegalen Flugschriften die Gewerkschaftsmitglieder aufgefordert werden, ihre Beiträge vorerst nicht mehr zu zahlen. Sie würden ihrer Rechte nicht verlustig gehen und nach dem Sieg der Alliierten wieder als vollwertige Mitglieder in die Fachliche Landesorganisation aufgenommen werden.

Die Leitung der Fachlichen Landesorganisation und das Sozialdepartement sehen in dieser Entwicklung eine Gefahr für die künftige Tätigkeit der Organisation und halten die Einführung der Pflichtmitgliedschaft bzw. die Einbehaltung der Beiträge vom Lohn durch die Firmen für erforderlich.

Schwarzhandel - Schwarzhandelspreise

Der in Oslo betriebene Schwarzhandel ist zweifellos sehr umfangreich. - Treffpunkte für Händler und Interessenten sind die bekannten Osloer Hotels und Restaurants, wie beispielsweise Grand Hotel, Hotel Royal, Victoria Restaurant, Gylåna Freden, Rosenkeller usw. - In diesen Gaststätten findet man zu jeder Tageszeit Personen aller Altersklassen; darunter sind besonders zahlreich Jugendliche vertreten, die sich dem Arbeitseinsatz entziehen und in enger Verbindung mit den zahlungsfähigen Kreisen der Osloer Bevölkerung stehen, die regelmäßige Abnehmer der von diesen Jugendlichen schwarzgehandelten Waren sind.

An der schwarzen Börse werden alle Waren, insbesondere Lebensmittel gehandelt. - Die Schwarzhandelspreise sind starken Schwankungen unterworfen, da sie von dem jeweiligen Angebot abhängig sind. - Nachstehend folgt eine Aufstellung der in den letzten Tagen im Schwarzhandel bezahlten Preise:

a) Lebens- und Genußmittel:

Bitter	Kr. 60.- bis 80.- pro Kilo
Eier	Kr. 2.- bis 2.50 pro Stück
Vollmilch	Kr. 1.- pro Liter
Sahne	Kr. 10.- pro Liter
Margarine	Kr. 50.- pro Kilo
Zucker	Kr. 45.- bis Kr. 55.- pro Kilo
Rind- u. Hammelfleisch	Kr. 40.- bis Kr. 50.- pro Kilo
geräucherter Speck	Kr. 60.- bis Kr. 70.- pro Kilo
Brot	Kr. 5.50 je Stück
Erdbeeren	Kr. 14.- bis Kr. 15.- pro Kilo
Kaffee-Ersatz	Kr. 12.-- pro Paket
Rohkaffee	Kr. 500.- bis Kr. 800.- pro Kilo
weißes Mehl	Kr. 20.- bis Kr. 30.- pro Kilo

b) Manufakturwaren:

Damen-Kostüme Kr. 700.--

Herren

Herren-Anzüge	Kr. 800.-
Herren-Oberhemden	Kr. 80.-
Herren-Hüte	Kr. 150.-
Herren-Hosen	Kr. 150.-
Damen-Seidenstrümpfe	Kr. 50.-
Damen-Schuhe	Kr. 130.-
Herren-Schuhe	Kr. 150.-

c) Branntwein:

Branntwein billigster Sorte	Kr. 60.- pro Flasche
Branntwein 2. Klasse	Kr. 80.- pro Flasche
Likör	Kr. 130.- pro Flasche

d) Tabak und Zigaretten:

Zigaretten	Kr. 15.- pro 10 Stück
Rauchtabak "Mahuni"	Kr. 25.- pro Paket
Rauchtabak "Garter"	Kr. 50.- pro Paket
Rauchtabak "Blaa Mix" usw.	Kr. 50.- pro Paket

e) Sonstiges:

Fahrräder	Kr. 700.- pro Stück
Fahrraddecken (Bereifung)	Kr. 50.- pro Stück
Fahrradschläuche (Bereifung)	Kr. 25.- pro Stück

An der schwarzen Börse wird außerdem ausländische Valuta gehandelt; zuletzt wurden für eine Schwedenkrone (Banknoten) vier norwegische Kronen und für einen Dollar in Scheck auf Neuyork sechs norwegische Kronen gezahlt. -

Die Mengen der angebotenen Waren sind sehr verschieden. -
Beispielsweise wurde Butter und Fleisch in Mengen von 5 bis 50 Kilo angeboten. - Noch reichlicher war das Angebot an Vollmilch und Sahne, wie auch schon aus den Preisen hierfür hervorgeht, die als relativ billig anzusprechen sind, zumindest im Vergleich zu den Preisen für andere schwarzgehandelte Lebensmittel. -
Branntwein wird ebenfalls verhältnismäßig reichlich angeboten. -

Ausgesprochen

Ausgesprochen knapp war das Angebot an weißem Mehl, Eiern und geräuchertem Speck. - Noch knapper und kaum erhältlich war Zucker, dessen Preis ja auch im Vergleich zu den Preisen anderer schwarzgehandelter Lebensmittel weitaus am höchsten liegt. -

Sehr gering ist das Angebot an Kaffee und Tee. - Diese Genußmittel kommen nur in kleinen Mengen auf den Markt. - Tee wird hundertgrammweise verkauft und Kaffee in Mengen von höchstens einem bis zwei Kilo. - Trotz der hohen Preise ist die Nachfrage weit größer als das Angebot. - Ähnlich verhält es sich mit Zigaretten und Tabak, die zwar reichlicher als Kaffee und Tee angeboten werden, ohne daß jedoch die starke Nachfrage gedeckt werden könnte. -

Das Angebot an Erdbeeren war sehr reichlich und bei dem regnerischen Wetter in der Woche vom 22.7. bis 29.7., das die Qualität der Früchte sehr beeinträchtigte, ging der Preis bis auf zehn Kronen pro Kilo herunter. -

Frisches Gemüse wurde ebenfalls in größeren Mengen schwarz verkauft: die Preise dafür waren besonders starken Schwankungen unterworfen: beispielsweise wurden für eine Gurke fünf Kronen bezahlt und für einen Kopf Blumenkohl drei Kronen.

In den letzten Wochen ging allerdings der Schwarzhandel mit Gemüse zurück. - Dieser Rückgang ist angeblich auf die scharfen Kontrollmaßnahmen der norwegischen Preispolizei zurückzuführen, die die nach Oslo führenden Straßen genau überwachte, und jedes verdächtige Fahrzeug kontrollierte. - Infolgedessen haben die Schwarzhändler die Preise für Gemüse neuerdings erhöht. -

Diese Erhöhung wird damit begründet, daß eine gewisse Risikoprämie in die Preise eingerechnet werden müsse, um damit einen Ausgleich zu haben, wenn die eine oder andere Partie beschlagnahmt werde. -

Im übrigen zeigen alle Preise auf dem schwarzen Markt eine

steigende

steigende Tendenz, da starke Nachfrage nach allen Artikeln herrscht. -

Aus Stavanger liegt eine Meldung vor, wonach neuerdings der Schwarzhandel mit gebrauchten Maschinen und Werkzeugen für die Bauwirtschaft stark um sich greift. - So würden laufend von Mittelspersonen derartige Maschinen und Werkzeuge zu bedeutenden Überpreisen angeboten. - In den meisten Fällen wäre nicht feststellbar, wo die Maschinen stehen und wer der Eigentümer derselben sei, sodaß mit letzterem keine Verbindung aufgenommen werden könnte und der Kaufinteressent infolge der Langwierigkeit bzw. Aussichtslosigkeit, auf dem legalen Weg Baumaschinen zu beschaffen, gezwungen sei, auf die Preisforderungen einzugehen. - U.a. wurde in Stavanger kürzlich eine gebrauchte Betonmischmaschine, die im günstigsten Falle fünfzehnhundert bis achtzehnhundert Kronen wert ist, zum Preise von Kr. 3 800.- angeboten. -

Wie es in dem hier vorliegenden Bericht weiter heißt, sollen die auf dem schwarzen Markt zum Verkauf stehenden gebrauchten Baumaschinen und Werkzeuge zum großen Teil aus dem Inventar der nach dem Gesetz vom 14.5.43 liquidierten Entrepreneurgeschäfte stammen. -

Nach der Meinung deutscher und norwegischer Bauleute sei es ein schwerer Unterlassungsfehler gewesen, daß bei der seinerzeitigen Schließung der nicht lebensfähigen Entrepreneurgeschäfte nicht ähnlich wie über die Arbeitskräfte auch über das gesamte Inventar verfügt worden sei. -

Über den Umfang des Schwarzhandels mit gebrauchten Baumaschinen und Werkzeugen äußerte sich der Leiter der größten in Stavanger eingesetzten deutschen Baufirma wie folgt:

ES

"Es ist unmöglich, die Maschinen und Artikel, die wir zur Durchführung unserer kriegswichtigen Arbeiten benötigen, über den legalen Fachhandel zu beziehen. - Ich bezahle für die durch norwegische fachfremde Agenten beschafften Artikel wie Baumaterial, Maschinen, Werkzeuge, Motore zwei- bis dreifache Überpreise. - Wenn ich auf die Verwendung von Kennziffern und auf die Lieferungen aus Deutschland angewiesen wäre, würde sich die Fertigstellung meiner Arbeiten ungemein verzögern und teilweise überhaupt nicht ermöglichen lassen. -

Auffällig ist, daß sich in den letzten Monaten die schwarzen Angebote in gebrauchten Baumaschinen und Werkzeugen häuften. - Vermutlich waren die Eigentümer bemüht, hinsichtlich der in Norwegen erwarteten Invasion die schwer beweglichen Maschinen und ähnliches Material möglichst schnell abzustoßen. -"

Die Beobachtung, daß selbst deutschen Firmen gegenüber in letzter Zeit über den früheren Umfang hinausgehende Angebote zum Kauf von gebrauchten Maschinen usw. gemacht wurden, läßt darauf schließen, daß unbenutzte Baumaschinen noch in erheblichen Mengen vorhanden sind. -

Von deutschen und norwegischen Baufirmen wird deshalb die Ansicht vertreten, daß eine nachträgliche Erfassung des Maschinenparks der stillgelegten Entrepreneurfirmen zum Zwecke der umgehenden Zuführung an die produktive Bauwirtschaft zweifellos noch positive Resultate haben würde. -